Max F. Schmidt

Magyarisierung, Nation-Building im Ungarn des Dualismus und außenpolitische Meinungsverschiedenheiten mit Deutschland[1]

I.1. Einleitung

Mit dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 wurde Ungarn erstmals seit dem 16. bzw. 17. Jahrhundert wieder ein (semi-)eigenständiges politisches Gebilde, welches eine eigene Regierung, Armee, Parlament und viele andere Ausweise staatlicher Eigenständigkeit vorweisen konnte. Ungarn erhielt die fast vollständige administrative Kontrolle über das Königreich Ungarn, welches neben teils magyarisch besiedelten Gebieten auch Kroatien, die heutige Slowakei (damals Oberungarn) sowie den von Ruthenen bewohnten und den transsilvanischen Teil des Karpatenbogens umfasste, in welchem die Rumänen die bei weitem größte Zahl stellten. Abgesehen von Kroatien, dass durch einen Ausgleich mit Ungarn 1868 teilautonom wurde, konnte die ungarische Regierung effektive Kontrolle über die benannten Regionen ausüben.

Diese administrative Spaltung wurde im Einvernehmen mit der österreichischen Seite ausgehandelt und geregelt durchgeführt: Die ungarische Reichshälfte schied nicht einfach aus dem Reichsverband aus, sondern sie wurde innerhalb des Reichsverbands zu einem autonomen Teil. Die als Cis- und Transleithanien bezeichneten Bestandteile Österreich-Ungarns mussten sich nur in Fragen der Außenpolitik, des Militärischen und bestimmter Budgetposten miteinander abstimmen, alle anderen Fragen waren der jeweiligen Administration überlassen.[2] Dieser Kompromiss kam den Forderungen nach nationaler Repräsentation und dem Widerstand gegen von Wien ausgehende Zentralisierungsbestrebungen nach, die zuvor das Verhältnis dieser Teile des Habsburgerreiches zueinander nachhaltig belastet hatten. Er bot auch entscheidende Vorteile, denen eine vollständige Loslösung vom Reichsverband im Weg gestanden hätte: einen Absatzmarkt für landwirtschaftliche Erzeugnisse (das Königreich Ungarn war größtenteils agrarisch geprägt), Anreize für die heimische Wirtschaft[3] durch Zollfreiheit (ab 1851) und Eingliederung in den danubischen Wirtschaftsraum, militärische Sicherheit und ein gemeinsames Interesse mit Cisleithanien an der Prävention weiterer Zugeständnisse an die habsburgischen Teilvölker.

[1]Die Fallstudie wurde im Rahmen des Kurses an der Wiener Universität „Die Habsburgermonarchie als Labor der Globalgeschichte" unter der Leitung von a. o. Professorin Dr. Andrea Komlosy verfasst. (Für den Kurs / For the Course070216-1).
[2]László *Kontler*, Millenium in Central Europe. A History of Hungary (Budapest 1999), 278.
[3]Andrea *Komlosy*, Imperial Cohesion, Nation-Building, and Regional Integration in the Habsburg Monarchy. In: Stefan *Berger*, Alexei *Miller* (Hg.), Nationalizing Empires (Budapest 2015), 371-427, 396-399.

Die blutige Vorgeschichte, welche der 1867 erzielten Einigung seit dem 16. Jahrhundert vorrausging und 1848 einen kataklystischen Höhepunkt erlebte, machten diese allerdings nicht selbstverständlich – im Gegenteil hatten habsburgische Loyalisten und ungarische Nationalisten diesen ideologisch-politischen Gegensatz keine 20 Jahre vorher gewaltsam miteinander ausgetragen.[4] Nur unter großen Mühen und mit russischer Hilfe gelang es der kaiserlichen Regierung im „Völkerfrühling" 1848, den Sezessionsbestrebungen Ungarns ein Ende zu setzen und die dortige Revolution zu unterdrücken.[5] Das Ergebnis dieser Kämpfe war der „Neoabsolutismus", eine reaktionäre politische Leitidee, die innere Kohäsion mit außenpolitischem Säbelrasseln verband. Radikaler Zentralismus und die politische Entmündigung der nationalistischen, politischen Vertreter des Königreichs sollten den Suprematie-Anspruch der Wiener Zentrale endgültig durchsetzen.[6]Durch mehrere außen- und innenpolitische Krisen, welche 1866 in Niederlagen gegen Sardinien-Piemont, Frankreich und Preußen gipfelten, scheiterte der Neoabsolutismus als System jedoch[7] und warf dadurch die Frage nach der Vereinbarkeit von Nation und Imperium wieder auf.

Wenn man bedenkt, welch große Bedeutung dem herrschaftstheoretischen Gegensatz zwischen (National-)Staat und Imperium noch bis vor kurzem zugemessen wurde,[8] verwundert das ungarische Beispiel umso mehr. Gewissermaßen entstand hier ein politisches Zwitterwesen, dass die Ausschließlichkeit nationaler, wie imperialer Staatsbildung negierte. Im Gegenteil fusionierte es Attribute beider Ansätze zu einer Staatsideologie, die Transleithaniens Position im Reichsverband verankerte, und doch als die Verwirklichung der erstrebten Nationalstaatlichkeit angesehen werden sollte. Welch langfristigen Einfluss diese Selbstwahrnehmung für die ungarische Staatlichkeit hatte (und zu Teilen noch hat), lässt sich an der nahtlosen Verbindungslinie nachvollziehen, die nationalistisch eigestellte ungarische Politiker und Historiker zwischen der vor und nach 1918 bestehenden Form derselben zogen (und ziehen).[9] Es ist anzunehmen, dass die doppelte Natur dieser Staatlichkeit entscheidenden

[4]*Kontler*, Millenium in Central Europe, 247.
[5]*Kontler*, Millenium in Central Europe, 257-259.
[6]István György *Tóth*, Geschichte Ungarns (Budapest 2005), 515-517.
[7] Péter Hanák hat die Niederlage bei Königgrätz als Grund für den Niedergang des Neoabsolutismus gesehen, und diesen mit der verlorenen Machtgarantie für „Deutschösterreicher" in Verbindung gesetzt. Vgl. dazu Péter *Hanák*, Ungarn in der Donaumonarchie. Probleme der bürgerlichen Umgestaltung eines Vielvölkerstaates (Wien 1984), 90. Modernere Betrachtungen haben jedoch die Herausforderung hervorgehoben, der sich Österreich durch die Politik Napoleons III. ausgesetzt sah – Schlachten wie Solferino (1859) und der Verlust der italienischen Besitzungen waren also bereits der Auftakt zur Krise des Systems, ein Prozess, der durch Königgrätz höchstens abgeschlossen wurde. Vgl. dazu Tóth, Geschichte Ungarns, 535. Andrea Komlosy hat die dahinterliegenden Ängste, die den Ausgleich stifteten, deutlich benannt: Die machtpolitischen Verschiebungen, welche die deutsche Reichsgründung auslöste, sowie die Angst vor panslawistischen Tendenzen inner- und außerhalb des Reichs. Vgl. dazu *Komlosy*, Imperial Cohesion, 371.
[8]Stephan *Wendehorst*, Altes Reich, „Alte Reiche" und der „Imperial Turn" in der Geschichtswissenschaft. In: Stephan *Wendehorst* (Hg.), Die Anatomie frühneuzeitlicher Imperien. Herrschaftsmanagement jenseits von Staat und Nation. Institutionen, Personal und Techniken (Berlin 2015), 17-58, 21-22.
[9] So war die Außenpolitik Ungarns zwischen 1918 und 1945 auf die Revision des Vertrags von Trianon ausgerichtet: Obwohl die Bethlen-Regierung sich bemühte, ähnlich wie Deutschland unter Stresemann gegenüber den Siegermächten eine „Erfüllungspolitik" an den Tag zu legen, schwelten revisionistische Tendenzen fortwährend unter der Oberfläche. Miklós Horthy etwa war von der Notwendigkeit einer territorialen Revision zugunsten Ungarns überzeugt. Mit dem Abschluss eines italienisch-ungarischen Freundschaftsvertrages 1927 wurde der Revisionismus erstmals öffentlich zum politischen Ziel erklärt. Vgl.

Einfluss auf deren Herrschaftsverständnis und -praxis hatte, und dass sich für Nationalstaaten untypische, eher mit Imperien assoziierte Formen von Herrschaft in ihr ausfindig machen lassen. Somit ließen sich auch Rückschlüsse auf das Ideennetzwerk ziehen, aus welchem der ungarische Nationalismus sein ideengeschichtliches Konzept bezog.

Ein besonders vieldeutiges Beispiel für die Synthese imperialer und nationaler Grundsätze war die Politik der Magyarisierung. Dieses staatliche, auf die linguistische Assimilation der Nichtmagyaren zielende Programm wurde von 1867-1918 durchgehend, wenn auch in sich verändernder Intensität und Intention, angewendet.[10] Sich am „Französischen Modell“[11] für nationale Staatlichkeit orientierend, entsprang die Magyarisierungspolitik der Vorstellung einer sprachlich homogenen Nation, die allen dasselbe Ausmaß an politischer Partizipation erlaubte.[12] Weder sah sie vor, die multiplen nichtmagyarischen Identitäten zu ersetzen, noch eine einsprachige Gesellschaft zu erschaffen. Die nichtmagyarischen Minderheiten waren, pro forma, sogar explizit durch das Recht geschützt, welches ihnen Ausdruck und Entwicklung der eigenen kulturellen Identität, etwa vereinzelt im Sprachenschutz, garantieren sollte.[13] Dass die Rechtssituation und die beruflichen Chancen vieler Nichtmagyaren in der Realität hinter den Erwartungen zurückblieben (und die ursprünglich aus einem bürgerlichen Verständnis stammenden, emanzipatorischen Beiklänge der Magyarisierung während des *fin-de-siècle* in nationalistisch-rassistische Töne umschlug),[14] deutet ein Scheitern der Magyarisierung an. Dabei gilt es, gesamteuropäische Zusammenhänge und Entwicklungen zu bedenken: Der egalitäre Zugang des aus der französischen Revolution stammenden Nationalismus-Verständnisses schlug im 19. Jahrhundert aufgrund diverser Ereignisse in eine Betonung chauvinistischer Attribute um. Innereuropäisches, wie der erstarkende Nationalismus und die Zuspitzung soziokultureller Konflikte verband sich mit Außereuropäischem, kolonialistisch-imperialistische Expansionsbestrebungen, Globalisierungstendenzen u. v. a. m.

---

dazu *Tóth*, Geschichte Ungarns, 639. Horthy selbst behauptete (nach dem Zweiten Weltkrieg), dass er Gewalt als Mittel ablehnte: „Revision, ja, aber (…) mit friedlichen Mitteln.“ Vgl. dazu Miklós *Horthy*, Ein Leben für Ungarn (Bonn 1953), 195. Solche Deutungen hat die Historiographie jedoch als über die Tatsachen hinwegtäuschende Entlastung zurückgewiesen. Vgl. *Tóth*, Geschichte Ungarns, 639.

[10] *Komlosy*, Imperial Cohesion, 372.

[11] Emil *Niederhauser*, The National Question in Hungary. In: Mikuláš *Teich*, Roy *Porter* (Hg.), The National Question in Europe in Historical Context (Cambridge, 1993), 248-269, 255.

[12] Dass Nationen auf Gebrauch und Stellung der Sprache angewiesen waren, um existieren zu können, geht größtenteils auf Herder zurück. Vgl. dazu *Kontler*, Millenium in Central Europe, 227.

[13] Das 1868 erlassene Nationalitätengesetz „beinhaltete die Gleichberechtigung der Nationalitäten, gleichzeitig verweigerte sie die Anerkennung als kollektive Rechtsperson und anerkannte die Existenz nur (…) der ungarischen (…).“ Vgl. dazu *Tóth*, Geschichte Ungarns, 564. Auch Kontler hebt die Singularität und liberale Fortschrittlichkeit des Gesetzes selbst hervor. Vgl. dazu *Kontler*, Millenium in Central Europe, 282.

[14] Die Wirkung der Rassentheorie auf den ungarischen Nationalismus ging von einer gemeinsamen Arbeit junger Intellektueller/Akademiker und politisch aktiver Nationalisten aus. Etwa 1890 waren beide Konzepte so weit verschmolzen, dass sie sich gegenseitig verstärkten. Marius *Turda*, The Magyars. A Ruling Race. The Idea of National Superiority in Fin-de-Siecle Hungary. In: European Review of History 10 (1) (2003), 5-33, 13-15.

I.2. Methodologie

Anhand der Magyarisierung wird diese Arbeit symptomatisch das Zusammenspiel und die Wechselwirkung „nationaler“ und „imperialer“ Faktoren untersuchen. Gemeint sind hier die staatstheoretischen Grundlagen nationalistischer Theorie auf der einen Seite (die sich definitorisch auf Hobsbawms „Nationen und Nationalismus“[15] stützen wird) und die Erkenntnisse der Imperiumsforschung, welche der Historiographie neue methodische Zugänge zur Klassifikationund inneren Logik imperialer Herrschaft gegeben haben.[16] Allerdings gilt es bei der Anwendung solcher Konzepte zu bedenken, dass nicht nur viele Abstufungen zwischen Zentrum und Peripherie existieren, sondern diese auch in mehrschichtigen Wechselwirkungen zueinanderstehen: Nationalismen konnten – besonders in einem multiethnischen Reich mit vielen regionalen, weit verteilten Zentren – gegeneinander ausgespielt werden.[17] Zugeständnisse an eine Seite konnten von einer anderen schnell als Verlust an Autonomie und Identität wahrgenommen werden, und gerade eine viele Bereiche des öffentlichen Lebens abdeckende, Sprache und Kultur reglementierende Assimilationspolitik bot dafür reichlich Konfliktstoff. Nationalismen konnten auch sich gegenseitig verstärkend wirken.[18]„Nationale“ und „imperiale“ Faktoren waren also keine vollständig gegensätzlichen Konzepte, sondern konnten zusammenwirken.

I.3. Forschungsfrage

Wenn es gelingt, die oben benannten Attribute voneinander zu differenzieren, wird es nicht nur leichter fallen, die machtpolitische Stellung des Königreichs Ungarn im Reichsverband zu bestimmen; es wird auch einen tieferen Einblick auf die Herrschaftsdoktrin Österreich-Ungarns gewähren. Ungarische Nationalisten nahmen als zweite Macht im Reichsverband (und die Einzige, die im „Ausgleich“ 1867 weitgehende nationale Autonomie erhielt) eine Vermittlungsfunktion imperialer Macht ein. Dass dies sich mit vertrauten nationalistischen Narrativen beißt, weist bereits auf eine national-imperiale Kooperation hin, die für das Selbstverständnis des Reiches zentral war. Auch auf die Gründe für dieses Zusammenwirken wird der vorliegende Text eingehen: Ob einer von beiden Faktoren als „tonangebend“ bezeichnet werden könnte, welche Rolle die besondere politische und historische Situation Ungarns spielte oder ob das Zusammenspiel der Faktoren eine verzerrte Dynamik hat entstehen lassen. Zusammenfassend lauten die Forschungsfragen:

---

[15]Eric *Hobsbawm*, Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780 (Frankfurt [3]2005).

[16] Repräsentativ für vorherrschende Forschungstendenzen greift die Arbeit hierzu drei verschiedene Zugänge heraus: Pieter Judson hat Imperialität in seiner Geschichte des Habsburgerreiches situativ definiert. Pieter M. *Judson*, The Habsburg Empire. A New History (London 2016). Herfried Münkler hat eine Imperiumstheorie formuliert, welche sich an den Gemeinsamkeiten von Imperien und den ihnen zugrunde liegenden Handlungslogiken orientiert. Herfried *Münkler*, Imperien. Die Logik der Weltherrschaft. Vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten (Köln 2013). Stephan Wendehorst hat eher implizite Merkmale von Imperien benannt, als er die Forschungsergebnisse der Imperiumsforschung in Artikelform sammelte. *Wendehorst*, Alte Reiche.

[17] Exemplarisch kann hier das Unvermögen der deutschösterreichischen Führungsschicht Österreichs angesehen werden, Ihre liberalistischen Tendenzen und ihr zentralistisches Herrschaftsverständnis in Einklang zu bringen. Vgl. dazu *Hanák*, Ungarn in der Donaumonarchie, 89-90.

[18]Robert *Nemes*, The Once and Future Budapest (Ithaca 2005), 89.

I. Wie wurden Nationalstaatlichkeit und Imperialität vom Königreich Ungarn nach 1867 zusammengeführt?
II. Wie wurde die „Magyarisierung“ legitimiert? Welche Formen nahm sie an? Was war ihr Ziel?
III. Wie wirkte die „Magyarisierung“ in der Karpatenregion auf die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn aus?

II. Nation und Imperium – ein Gegensatzpaar?

Die Ziele nationalistischer Bewegungen und die ererbten und bewahrten Strukturen imperialer Systeme sind in der Vergangenheit von diesen Bewegungen oftmals als antithetisch und unvereinbar dargestellt und begriffen worden. Vor allem lag dies an der Ausübung imperialer Macht, deren weitgestreute Herrschaft über mehrere, von verschiedenen Kulturen bevölkerte Regionen dem dort (gewöhnlich ab dem 19. Jahrhundert) entstehenden Nationalismus als Hindernis auf dem Weg zu staatlicher Selbstbestimmung schien.[19]Trotz dieses postulierten Gegensatzes konnten die Vertreter von Nationalismus und Imperialität auf eine lange Tradition der Kooperation verweisen: Interessenüberschneidungen, wie die Wahrung des Erreichten oder gemeinsam gehegte Ziele, der Erhalt von Herrschafts-, Kultur- und Sozialstrukturen sowie machtpolitische Kompromisse stifteten eine Zusammenarbeit. Zu betonen ist auch, dass Geisteshaltungen wie Nationalismus, imperiale Ordnungsmodelle usw. sich im Laufe ihrer Existenz auch ideentheoretisch umorientierten und ihre Selbstdarstellung bewusst den sie umgebenden Umständen anpassten. Die Begrifflichkeiten waren also in ihrer Bedeutung sehr flexibel, so dass beide Ordnungsmodelle miteinander, auch langfristig, kooperieren und koexistieren konnten; dass sie jeweils nie in Rein-, sondern immer als Hybridform auftraten und dass sie ähnliche politische Gegner hatten (etwa die erstarkende Linke[20]). Wie war solch ein Pragmatismus vermittelbar, und unter welchen Bedingungen konnte Kooperation überhaupt zustandekommen? Bevor diese Fragen beantwortet werden können, ist es jedoch nötig, beide Begriffe zu definieren.

Eric Hobsbawms theoretische Arbeit über die Ideologiegeschichte des Nationalismus ist bis heute paradigmatisch für Forschungen zu diesem Thema. Eingehend hat er die Entfaltungslogik nationalistischer Konzeptionen in „Nationen und Nationalismus“ veranschaulicht, die den bezeichnenden Untertitel „Mythos und Realität (seit 1780)“ trägt: Die wohl wichtigste Erkenntnis, die man seinen Ausführungen entnehmen kann, ist, dass der Nationalismus (wie auch Nationen und Nationalstaaten) kulturell, sozial und gesellschaftlich konstruierte Phänomene sind. Mehr noch sind es „vorgestellte Gemeinschaft(en)“ – Hobsbawm ruft diese Worte Benedict Andersons in Erinnerung –welche „(…) die emotionale Leere füllen, die durch den Rückzug, die Auflösung oder die fehlende Verfügbarkeit

[19] Zum Beispiel kann hier der Sprachenstreit im Gebiet der böhmischen Krone 1897-99 genannt werden, der sich zwischen deutsch- und tschechischsprachigen Böhmen entzündete. Vgl. dazu Joachim *Bahlcke*, Geschichte Tschechiens (München 2014), 87-88.
[20] Vgl. Dazu *Kontler*, Millenium in Central Europe, 293.

wirklicher menschlicher Gemeinschaften und Verbindungen entstanden ist (…).“[21] Sie sind also ein inadäquater Ersatz für die verloren gegangene, „kleine“ Welt der dörflich geprägten Vormoderne. Gleichzeitig eigneten sich diese Konstrukte jedoch hervorragend, um die neuen Notwendigkeiten und Bedürfnisse zu legitimieren, die die Entwicklung moderner Staatlichkeit mit sich brachte. Der Widerstand traditioneller Eliten und Institutionen gegen eine immer breiter werdende politische Partizipation war nicht mehr aufrechtzuerhalten;[22] gleichzeitig machten moderne Kriege deutlich, dass diese breiten Massen zur Kriegsführung unverzichtbar waren.[23]Mithilfe nationalistischer Narrative ließen sich diese Entwicklungen zumindest in Gewinn bringender Art kanalisieren. Doch machte der Nationalismus nach Hobsbawm eine ideentheoretische Entwicklung durch, die ihn nicht nur schrittweise in der ganzen Welt verbreitete, sondern auch zu einer Radikalisierung seiner Ideen beitrug.

Hobsbawm widmet dem Nationalismus des ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert (1870-1918) das vierte Kapitel seines Werkes, und beginnt es mit der Feststellung, dass der Nationalismus sich in dieser Phase durch seine Betonung von Sprache und Staat auszeichnete.[24]Die oben erwähnte Radikalisierung ließ sich in drei Aspekten beobachten: Erstens gaben nationalistische Theorien das „Schwellenprinzip“ auf, nachdem das Recht auf einen Staat nur manchen Nationen zustand; zweitens wurden ethnisch-sprachliche Kategorien zu den „entscheidenden oder gar den einzigen“, auf die es ankam; drittens kam, begünstigt durch diese Entwicklung, erstmals eine dezidiert rechte Spielart des Nationalismus in der Parteipolitik auf.[25] In dieser Ära war auch die internationale Verbreitung des Nationalismus als überall gültigen politischen Prinzips zu suchen, da das Nation-Building der kulturellen Vorreiter in ihren Staatsregionen und Kolonien natürlich auf den Widerstand der lokalen Einwohnerschaft stieß.[26] Wie, außer mit einer gegen-nationalistischen Entwicklung, hätte dieser Widerstand in einer Welt, die vom Nationalitätenprinzip geprägt war, anderweitig formiert und vermittelt werden können? Die zentralere Bedeutung, welcheEthnie und Sprache im Nationalismus dieser Zeit einnahmen, tat ihr Übriges und erleichterten allen Kulturgemeinschaften (ob imaginiert oder nicht) die Identifikation als Nation und die Forderung nach einem Nationalstaat.

Zudem identifiziert Hobsbawm ein weiteres Phänomen des 19. Jahrhunderts als Verstärker nationalistischer Ideen: Die beginnende, strukturelle Globalisierung. Durch die sprunghaft ansteigenden Verbindungen, welche aus technischen Neuerungen, staatlicher Administration, wirtschaftlichem Wachstum oder auch Gewaltprozessen resultierten, stand die Welt zwar miteinander in Kontakt.[27] Doch führte diese Konstellation auch zu neuen Konkurrenzen der als Staaten konstituierten politischen Gemeinschaften, die nun in allen Gebieten miteinander rangen und sich verglichen. Die aufkommende, wissenschaftlich

[21]*Hobsbawm*, Nationen und Nationalismus, 59.
[22]*Hobsbawm*, Nationen und Nationalismus, 100.
[23]*Hobsbawm*, Nationen und Nationalismus, 101.
[24]*Hobsbawm*, Nationen und Nationalismus, 121.
[25]*Hobsbawm*, Nationen und Nationalismus, 122.
[26]*Hobsbawm*, Nationen und Nationalismus, 126.
[27]*Hobsbawm*, Nationen und Nationalismus, 127.

scheinende „Rassentheorie“ schrieb nationale Kategorien nun immer unveränderbarer fest und verband sich mit nationalistischem Gedankengut.[28] Laut Hobsbawm lagen die inhaltlichen Überschneidungen beider „auf der Hand“: „‘Rasse‘ und Sprache wurden leicht miteinander verwechselt“ und „die Praxis, beide de facto als synonym zu betrachten“ erleichterte die Übertragung und Anpassung beider Ideologien.[29] Dies in einer Welt, die von „Vorwände(n) (…), um Ausländern feindselig gegenüberzutreten“ nur so wimmelte, in der nationalistische Agitation – in Form von ethnisch-sprachlich-kulturellen Zwangsmaßnahmen und einer bellizistischen Grundstimmung gegenüber „Feindvölkern“ – auf moderne Wanderungsbewegungen trafen – die aus Arbeitsmigration, Urbanisierung und Asylsuche resultierten.[30] Zwar waren diese Radikalisierungen bis zur Erfahrung des Ersten Weltkriegs noch nicht voll ausgeprägt, und begannen regional teils erst verzögert Fuß zu fassen, zudem war der Essentialisierung von Nationalität häufig ein Prozess fortgesetzter Krisenerscheinungen vorrausgegangen. Dennoch war die Biologisierung des Nationalismus bis zu einem gewissen Grad bereits im Sprachenprinzip angelegt.[31] Der Nationalismus des 19./20. Jahrhunderts war laut Hobsbawm wesentlich von diesem Identitätskonflikt geprägt.

Im Gegensatz zu Nationalstaaten, deren Anhänger schon im 17./18. Jahrhundert ideologie- und politiktheoretische Konzeptionen zu dessen Verwirklichung entworfen hatten, wurden die theoretischen Grundlagen imperialer Herrschaft lange Zeit vernachlässigt. Erst im Nachhinein, mit dem „Imperial Turn“ rückte die Logik imperialer Herrschaft in den Mittelpunkt der Untersuchung und die Forschung von der reinen Zwangs- und Gewalttheorie ab, die ihre Untersuchungen zuvor gerahmt hatte. Doch auch wenn die Theorien imperialer Herrschaft, die in der vorliegenden Arbeit genutzt werden, erst im Nachhinein, mit historischen Imperien als Grundlage entworfen wurden, sind sie wertvolle analytische Instrumente für Historiker. Ob eine Herrschaft etwa imperialen Charakter gehabt habe, kann nur bestimmt werden, indem theoretische Richtlinien festgelegt werden, denen diese Herrschaft zu entsprechen hat.

Judson hat in seinem Buch „The Habsburg Empire. A New History“ eine sehr praktische Definition dessen, was imperial sei, für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts vorgelegt: Das von Nationalstaaten überzogene Europa nahm Österreich-Ungarn als anachronistisch war, vor allem, weil es sich in ein nationales Verständnis nicht einfach einordnen ließ.[32] Stattdessen wurde das Habsburgerreich aufgrund seiner Multiethnizität in imperiale und Reichskontexte eingeordnet. Doch auch im Innern bemühten sich die Vordenker österreichisch-ungarischer Staatlichkeit um eine Theoretisierung derselben. Im Gegensatz zu Vorstellungen der josephinischen Reformära, in der die Aufgabe habsburgischer Staatlichkeit die Vereinigung verschiedener Rechtssysteme und Institutionen war, setzte sich im 19. Jahrhundert die Sichtweise durch, dass der Reichsverband aus

[28] *Hobsbawm*, Nationen und Nationalismus, 127-128.
[29] *Hobsbawm*, Nationen und Nationalismus, 128.
[30] *Hobsbawm*, Nationen und Nationalismus, 130.
[31] *Hobsbawm*, Nationen und Nationalismus, 131.
[32] *Judson*, The Habsburg Empire, 240

verschiedenen Nationalitäten zusammengesetzt war.[33] Diese Nationalitäten waren, aus Sicht der Zeitgenossen, zu verschiedenen Graden zivilisiert (wobei die Zuschreibung zivilisatorischer Entwicklung sehr stark vom Standpunkt des/der Zuschreibenden abhing). Die aus diesen Hierarchisierungen abgeleiteten, impliziten Herrschaftsrechtfertigungen waren aber nicht auf die vollständige Auflösung der Nationen ausgerichtet; überhaupt hing die Vorstellung dessen, was eine Nation war, von Herkunft, sozialem Stand und Ausbildung ab. Für die höherstehenden, in den Machtapparat eingefügten Schichten – vor allem den Adel – des Habsburgerreiches existierten die Nationen etwa als historische Entität fort, in deren Namen um lokale Privilegien und Autonomien verhandelt wurde.[34] Imperium ist für Judson demnach ein auf Ausgleich der Kräfte, Stabilität und Multiethnizität abzielendes Phänomen. Dass kleinere Staaten, die ansonsten ein Spielball größerer Mächte würden, dadurch innere Kohäsion und äußeren Einfluss erlangten, war ein nicht intendierter Nebeneffekt, dessen Bindekraft einbüßte, je mehr nationale Kategorien an Deutungshoheit erlangten.

Eine andere, allgemeiner Gültigkeit gerecht werdend wollende Definition von Imperien hat Herfried Münkler in „Imperien“ vorgelegt: Er definiert zuerst, was ein Imperium nicht ist, und differenziert davon den institutionellen Flächenstaat (der „anderen Imperativen und Handlungslogiken unterliegt“),[35] Grenzformen (die im Falle von Imperien „halbdurchlässig“ und von „Asymmetrie“ geprägt sind)[36] sowie Imperialismus, den er als „Willen zum Imperium“ bezeichnet (und der der tatsächlichen Genese der meisten Imperien in seiner Vorstellung nicht gerecht wird).[37] Imperien erstreben demnach, eine Hegemonie in formelle Oberherrschaft umzuwandeln, ihre asymmetrische Überlegenheit auszubauen und sich Einflussmöglichkeiten in ihrer Umgebung zu schaffen, weil sie einer Herrschaftslogik unterworfen sind, die auf Machtprojektion beruht: Die Unterworfenen, die in den Reichsverband Integrierten und auch alle dazwischen liegenden Bevölkerungsschichten nehmen imperiale Oberherrschaft als Rechts- und Stabilitätsgarant wahr, der alle an imperial erzeugter Prosperität teilhaben lässt.[38] Dementsprechend stellen Imperien den Friedensgedanke und das Streben nach Stabilität in den Mittelpunkt ihrer Herrschaftsideologie.[39] Münklers Beschreibungen zielen offensichtlich darauf ab, Imperien vergleich- und damit für den Historiker mess- und verstehbar zu machen. Mit Hilfe von Auf- und Abstiegsmodellen imperialer Macht (bei ihm als „augusteische Schwellen“ bezeichnet) wie auch deren Institutionalisierung zu erklären sucht.[40] Mit dem „Überschreiten der Schwelle“ und ähnlichen Formulierungen wandelten Imperien ihre Macht in einen anderen Zustand um, wobei er grob zwischen Aufbauphase, einem stabilen Zeitalter und Phasen des Niedergangs unterscheidet.[41] Ob nach dieser Definition das Habsburgerreich in dem Sinne

[33] *Judson*, The Habsburg Empire, 240-241.
[34] *Judson*, The Habsburg Empire, 292-293.
[35] *Münkler*, Imperien, 16.
[36] *Münkler*, Imperien, 16-17.
[37] *Münkler*, Imperien, 20-21.
[38] *Münkler*, Imperien, 159.
[39] *Münkler*, Imperien, 128-132.
[40] *Münkler*, Imperien, 112-117.
[41] *Münkler*, Imperien, 115-116.

imperial ist, in dem es Judson versteht, ist zweifelhaft: Münkler hat der Bedeutung von Multiethnizität (wie auch der sie begleitenden Hierarchisierungen) eine klare Absage erteilt, weil er sie als „trivial“ und „politisch definiert“ (nämlich durch nationalistische Normen) versteht.[42] Vielmehr scheint Imperialität für Münkler ein Zustand der Dominanz eines politischen Verbands zu sein, der seine Herrschaft ausdehnen und stabilisieren muss, um die besagte Imperialität zu erhalten. Deshalb ist er auch zeitlich von begrenzter Dauer.

Stephan Wendehorst hat in seinem Artikel „Alter Reich, alte Reiche“ an die Vorstellungen Münklers angeknüpft und versucht, anstatt Imperien situativ zu untersuchen, verallgemeinerbare Definitionsmerkmale für die historische Komparatistik zu entwickeln. Im Angesicht des von ihm besprochenen „Imperial Turn“ legt er großen Wert darauf zu verdeutlichen, welch langen Weg Imperialismus- und Imperienforschung zurückgelegt haben.[43] Die Notwendigkeit, klare Zuweisungen in einem zwingenden Zentrum-Peripherie-Verhältnis zu benennen, hat binären Zuordnungen Vorschub geleistet, die den Blick auf Agency und die eigentlichen Machtverhältnisse verstellen.[44] Stattdessen bedienten sich die argumentativen Linien eines Diskursmodells, das vermeintliche kulturell-nationale Einheiten als Norm begriff und so nationalistische Geschichtsmuster unterstützte. Selbst dichotomische Gegenüberstellungen wie „westliche Zivilisation“ und „östliche Despotie“ wurden aus diesen Theoremen gespeist.[45] Stattdessen hält Wendehorst fest, dass ein Nebeneinander von imperialen und staatlichen Strukturen „der Regelfall, nicht die Ausnahme war.“[46] Auch die Stellung von Nationen (im Sinne historisch konstituierter Kulturverbände) innerhalb von Reichsstrukturen verlangt, aus Wendehorsts Sicht, eine Neubewertung, inwiefern nämlich das Verhältnis zwischen Nation und Imperium von gemeinsamen Interessen geprägt war.[47] Überhaupt hält er die Grenze zwischen Imperialität und Staatlichkeit für notorisch schwer zu ziehen, und das Verhältnis zwischen Imperium und Nation für nicht klar trennbar.[48] Er plädiert stattdessen für eine Forschung, die sich von Idealtypen wegbewegt und in ihren Modellen die Zweideutigkeiten und Übergänge stärker berücksichtigt.

Allen diesen Theorien ist gemein, dass sie die gemeinsame Existenz nationaler und imperialer Strukturen und Phänomene nicht ausschließen. Vielmehr ist es, laut Wendehorst, eher die Ausnahme als die Regel, dass diese nebeneinander existieren, ineinander über- und auseinander hervorgehen sowie sich gegenseitig beeinflussen und verändern können.[49] Da sich die im Laufe des 19. Jahrhunderts formierenden Nationalstaaten aus spätmittelalterlichen Personalstaaten und ständischen Gesellschaften heraus entwickelten, übernahmen sie auch deren historisches Erbe, in Form von Grenzen, Institutionen und ideologischen Investitionen. Damit verfügten Imperien und Nationen über genügend Schnittstellen, um sich nicht im Weg zu stehen, miteinander zu kooperieren oder gar, wie im Falle des Habsburgerreiches, bis zur

[42] *Münkler*, Imperien, 28-29.
[43] *Wendehorst*, Alte Reiche, 19-20.
[44] *Wendehorst*, Alte Reiche, 35-37.
[45] *Wendehorst*, Alte Reiche, 36.
[46] *Wendehorst*, Alte Reiche 41.
[47] *Wendehorst*, Alte Reiche, 55.
[48] *Wendehorst*, Alte Reiche, .58
[49] *Wendehorst*, Alte Reiche, 41.

Unkenntlichkeit miteinander zu verwachsen. Voraussetzung für diese Zusammenarbeit war, dass die Prärogative beider Seiten berücksichtigt wurden: In einem Imperium musste(n) die Nation(en) Gehör finden, um sie nicht in Opposition zur imperialen Herrschaft zu treiben. Im Sinne eines *divide et impera* gewährten Imperien nicht allen Nationen die gleichen Privilegien, sondern staffelten unterworfene Völker hierarchisch. Das lässt sich an Österreich-Ungarn gut exemplifizieren, da hier nur die Ungarn durch den Ausgleich in den Rang einer bevorzugten Nation erhoben wurden. Anderen Nationen, wie etwa den Tschechen, wurde demgegenüber nur indirekt eine Mitsprache über regional zuständige Repräsentationsorgane eingeräumt.[50]

III. Ausgleich von 1867

Das Jahr 1867 war für die Habsburgermonarchie ein folgenreiches. Schließlich war der machtpolitische Kompromiss, der das Reich in zwei Hälften teilte, die Grundlage des ab diesem Zeitpunkt geltenden Staatsverständnisses: Der Kaiser von Österreich, der auch König Ungarns war, regierte beide Reichshälften in Personalunion[51] – denn das zentralistische Modell (Neoabsolutismus, ab 1851), nach dem österreichische Besitzungen von Wien aus verwaltet und gelenkt werden sollten, war an inneren und äußeren Widerständen gescheitert. Militärische und außenpolitische Niederlagen führten Europa und der Welt Österreichs Unvermögen vor, dem zunehmenden Prestige- und Bedeutungsverlust Herr zu werden.[52] Auch die inneren Verhältnisse erforderten ein Entgegenkommen gegenüber den Autonomiebestrebungen der diversen Reichsteile. Vor diesem Hintergrund entschloss man sich in Wien, mit den Ungarn über einen Kompromiss zu verhandeln.[53] Der „Ausgleich" stellte die staatliche Existenz des Königreichs Ungarn (inklusive seiner historischen Besitzungen) größtenteils wieder her: Ungarn bekam eine Regierung, eine abgelöste staatliche Verwaltungsstruktur, ein Parlament und ein eigenes Recht, es befehligte seine eigene Armee (den Honvéd)[54] und war in internen Angelegenheiten voll beschluss- und handlungsfähig. Dafür gaben die Ungarn ihr Streben nach staatlicher Unabhängigkeit auf[55] und traten international als Österreich-Ungarn in Erscheinung.

Die Verwaltung der staatlichen Angelegenheiten kam in die Hände des Gemeinsamen Ministerrates, dessen Tätigkeit auf der Gemeinsamkeit, des Kriegswesen, Außenpolitik und der Reichfinanzen basierte. Das Gesetzesartikel XII/1867 sprach auf Grund der Pragmatischen Sanktion die Unverteilbarkeit des Reiches[56] aus. Ungarn – weil es seine

[50] *Komlosy*, Imperial Cohesion, 391-392.
[51] *Kontler*, Millenium in Central Europe, 278.
[52] *Tóth*, Geschichte Ungarns, 535.
[53] Die inneren Debatten fanden in kompromissbereiter und versöhnlicher Atmosphäre statt. Vgl. dazu *Tóth*, Geschichte Ungarns, 538-539.
[54] *Kontler*, Millenium in Central Europe, 279.
[55] Diese Strategie war unter ungarischen Nationalisten nicht unumstritten: Ferenc Deáks Vorstellungen wurden von Lajos Kossuth als Abwendung vom Unabhängigkeitsstreben wahrgenommen. Vgl. dazu *Kontler*, Millenium in Central Europe, 278.
[56] „Indivisibilter ac inseparabiliter".

außenpolitische Selbständigkeit aufgab –, konnte keine eigene Außenpolitik führen. Aber trotzdem kam mit der Zeit eine maßgebende ungarische Teilnahme an der gemeinsamen Diplomatie zur Geltung: Außenminister, Staatssekretäre, Sektionschefs im Ballhausplatz, im Amtsgebäude des gemeinsamen Politik des Äußern, Botschafter, Konsuln in den fremden Hauptstädten tauchten von Jahr zu Jahr auf. Das Institut der Bildung der Diplomaten, die legendäre Orientalische Akademie, später Konsularakademie, gab hochqualifiziertes diplomatisches Fachpersonal für die Monarchie und die Welt.[57]

Der Ausgleich berücksichtigte nur Ungarn, was die Autonomieforderungen anderer Nationen untergrub und Ungarn in das auf Einheit und den Status Quo pochende innenpolitische Lager des deutschsprachigen Österreichs trieb. Der Erhalt der eigenen Machtmittel machte aus den Reichshälften von nun an Verbündete und relativierte egalitäre Aspekte nationalistischen Gedankenguts, die jeder Nation einen Staat zugesprochen hatte.[58]

Der ungarische Nationalismus liberaler Prägung, welcher der Revolution von 1848 zugrunde lag,[59] hatte durch das Scheitern derselben eine wegweisende Wandlung durchgemacht. Nach 1867 wandelten sich die Prärogative ungarischer Nationalisten um: Ab 1848 war der Wunsch nach staatlicher Unabhängigkeit für Ungarn (und aller seiner Besitzungen) ein elementarer Bestandteil nationalistischer Forderungskataloge.[60] Nach 1867 jedoch wurde diese Forderung zum Fernziel, und spielte in dem Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn nur noch eine untergeordnete Rolle. Im Gegenteil hatte die neue Rolle als Partner in einem dualistischen System ihren eigenen Reiz: Ungarn war an der Seite Österreichs eine ernstzunehmende und gestaltende Kraft der Weltpolitik und konnte auf die Märkte und Ressourcen seines Partners zugreifen.[61] Dabei wahrte Ungarn trotzdem seine staatliche Unabhängigkeit. Mit dem Dualismus standen die Regierungen beider Seiten nun auch im selben innenpolitischen Lager: Nämlich den habsburgertreuen, antisezessionistischen Kräften, die tendenziell eher dem Konservatismus zuneigten.[62] Der Dualismus verschob also das innenpolitische Kräftegleichgewicht und schuf dem Königreich Ungarn eine eigene imperiale Sphäre, in der es fast frei walten konnte. Damit stießen Imperialität und Nationalismus zueinander – das imperiale Netzwerk des Habsburgerreiches stabilisierte die ungarische Reichshälfte und verschaffte ihr die Machtmittel, die sie zur internationalen Statuserhöhung brauchte.

[57] Über den qualitativ hervorragenden Unterricht an der Orientalischen Akademie siehe: Nelu *Bradean-Ebinger*, Tantárgystruktúra, oktatási cél és módszer a bécsi Keleti Akadémia diplomataképzésében (1754–1918) *[Fächerstruktur und Unterrichtsziel in der Diplomatenbildung der Orientalischen Akademie (1754–1918)]*, in: Közép-Európai Közlemények 48. 105–115; Zoltán *Tefner*: Nyelvtanítás a bécsi Keleti Akadémián 1754–1918 *[Sprachunterrischt an der Wiener Orientalischen Akademie 1754–1918.]*. (GlobeEdit, Riga, 2018.).

[58] Mazzinis Forderung „Jede Nation ein Staat“ versinnbildlichte den Paradigmenwechsel im Nationalverständnis. *Hobsbawm*, Nationen und Nationalismus, 121-122.

[59] *Kontler*, Millenium in Central Europe, 234-235.

[60] *Kontler*, Millenium in Central Europe, 253.

[61] *Komlosy*, Imperial Cohesion, 382-383.

[62] „The point is that one section of the political elite was on the whole satisfied with dualism, because it guaranteed, or seemed to guarantee, territorial integrity.“ *Niederhauser*, The National Question in Hungary, 259.

Die staatliche Selbstständigkeit Ungarns als „Transleithanien“ im dualistischen Reichsverband ermöglichte ihren politischen Repräsentanten die Durchsetzung nationaler Aufbauprogramme. Eine freie Hand in innerstaatlichen Verhältnissen bedeutete auch, dass nun ein ungarisches Nation-Building in Angriff genommen werden konnte – schließlich wussten nicht nur ungarische Nationalisten, dass Nationen als politische Verbände machttechnisch, sozial und kulturell konstruierte Gebilde waren, dass sie also erst durch bewusste politische Anstrengungen erschaffen werden mussten.[63] In Ungarn nahmen nationalliberale Reformer, zuerst unter Andrássy, diese Aufgabe in Angriff: Im Jahre 1868 wurde zwar ein sehr progressives Minderheitengesetz erlassen, dieses schrieb jedoch die Bevorzugung des Ungarischen gegenüber anderen Sprachen fest,[64] und im Jahre 1907 das „Lex Apponyi“ erlassen,[65] dass auch im Schulwesen Ungarisch als Sprache propagierte. Die höheren Schulen waren bereits in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts auf einen rein ungarischen Sprachbetrieb umgestellt worden; in manchen Fällen knüpften polyglotte Professoren vom einen auf den nächsten Tag an das bisher Gesagte in anderer Sprache an.[66] Diese Rigidität unterstreicht den exkludierenden Charakter der Maßnahmen: Schließlich war es unmöglich, in so kurzer Zeit eine neue Sprache zu erlernen, und so mancher Studierender, der zu Teilen Ungarisch sprach, verfügte nicht über den notwendigen Wortschatz, um dem Unterricht folgen zu können. Diese Gesetze stellten auch sicher, dass alle die, welche kein Ungarisch beherrschten, von höherer Bildung oder dem Staatsdienst – also den gängigsten gesellschaftlichen Aufstiegschancen des 19. Jahrhunderts – ausgeschlossen wurden. Die Beamtenschaft Ungarns war zu 90 Prozent der ungarischen Sprache mächtig, obwohl der Landesschnitt zu diesem Zeitpunkt noch nicht über 50 Prozent lag.[67] Der Ausgleich lieferte hierfür die rechtliche Grundlage: Er gestand Ungarn zu, in seiner Innenpolitik frei schalten und walten zu können,[68] seine eigene Administration zu führen sowie[69] eigene Militärkräfte zu unterhalten.[70] Die Tatsache, dass der Kaiser ein „drittes Machtzentrum“ blieb,[71] und dass ein weiterer, „kleiner Ausgleich“ mit Kroatien abgeschlossen wurde,[72] war angesichts der Vorteile hinnehmbar, und die beide Reichshälften betreffenden Fragen wurden in gemeinsam verwalteten Ministerien überdacht (Ministerium für Äußeres, Krieg und Finanzen) und im für beide Seiten repräsentativen Gemeinsamen Ministerrat besprochen.[73]

[63] *Kontler*, Millenium in Central Europe, 241-242, und *Nemes*, Budapest, 87.
[64] Zwar zählte das „Nationalitätengesetz“ zu den liberalsten Gesetzgebungen dieser Art im Europa seiner Zeit, doch es erkannte nur eine nationale Körperschaft an, die ungarische. Über diesen Zusatz wurde auch die Magyarisierung gerechtfertigt. Vgl. dazu *Tóth*, Geschichte Ungarns, 563-564.
[65] Diese Gesetze schrieben die Beherrschung des Ungarischen ab dem Ende der Grundschulzeit vor und wurden nominell als Finanz- und Sozialgesetz erlassen, dass den Schulbesuch tatsächlich auch erleichterte. Vgl. dazu *Komlosy*, Imperial Cohesion, 387.
[66] *Nemes*, Budapest, 90.
[67] *Kontler*, Millenium in Central Europe, 292.
[68] *Tóth*, Geschichte Ungarns, 543.
[69] “(Es) entstand aus dem früher einheitlich geleiteten (R)eich ein Staatsgebilde mit zwei Zentren.” *Tóth*, Geschichte Ungarns, 540.
[70] *Tóth*, Geschichte Ungarns, 544.
[71] *Tóth*, Geschichte Ungarns, ebenda.
[72] *Hanák*, Ungarn in der Donaumonarchie, 91-92.
[73] *Tóth*, Geschichte Ungarns, 543.

Nicht nur praktisch verwuchsen die Interessen von Österreich und Ungarn miteinander, auch ideologisch machte sich ein Gesinnungswandel bemerkbar. Der vormals liberale, tendenziell antimonarchistische Nationalismus in Ungarn, der den reaktionären, antinationalistischen Monarchismus Österreichs 1848 herausgefordert hatte, orientierte sich politisch um und nahm einen promonarchischen, antisezessionistischen Charakter an. Innerhalb des Reichs als Partner an der Verwaltung des Territorialverbands beteiligt, kamen auch in Ungarn Ängste vor den Unabhängigkeitsbestrebungen anderer Nationalismen auf.[74] Die sich in vielerlei Hinsicht gegenseitig beeinflussenden und teils verstärkenden Tendenzen waren ja schließlich nicht auf das Landesinnere beschränkt. Alle Staaten des Balkans übten sich zu dieser Zeit im Nation-Building, von denen die Bestrebungen Rumäniens und Serbiens für Ungarn am bedrohlichsten waren, da von diesen Nachbarn konstante Agitationen ausgingen.[75] Wien und Budapest entdeckten aneinander auf einmal viele politische Gemeinsamkeiten: Für beide war der erwachte Nationalismus ihrer Minderheiten eine Bedrohung der gesamthabsburgisch-staatlichen Ordnung, die auf einer Fusion dynastischer und imperialer Grundsätze fußte und sich erst im Nachhinein, eher notdürftig, in eine identitätsstiftende Staatsideologie umzuformen suchte.[76] Auch die Herstellung kultureller Hegemonie in der eigenen Sphäre war ein geteiltes Ziel: Zur selben Zeit, als in Ungarn die Magyarisierung verfolgt wurde, trugen die Österreicher in ihrer Hälfte Sprachkonflikte um die Vorherrschaft des Deutschen aus.[77] Die Dualismus-Mächte standen den nationalistischen Kräften ihrer Reiche also gemeinsam mit präskriptiven, kulturellen und polizeilichen Methoden entgegen.

IV. Magyarisierung

IV.1. Theorie und Begründung

Das von der ungarischen Regierung verordnete Assimilationsprogramm konnte seine ideengeschichtlichen Wurzeln auf weit frühere Ereignisse und Entwicklungen beziehen als den Ausgleich. Schon vor 1867 waren zentrale Anliegen, die in dieser Politik adressiert wurden, in- und außerhalb Ungarns formuliert worden – etwa eine sprachzentrierte Definition des Nationsbegriffs, nationalistisch begründete Konzeptionen eines kulturell einheitlichen Staatswesens, Vorstellungen von staatlich-modernen Gewaltmonopolen und demographisch-geographische Perspektiven und Ängste. Auch wenn ungarische Nationalisten der Zeit versuchten, ihre Forderungen und Leitideen zu naturalisieren,[78] griffen sie auf gedankliche

[74] Vor allem der Panslawismus löste unter ungarischen Nationalisten Komplexe und Ängste aus, unter deren Einfluss selbst größere Gefahren zurücktraten: Der rumänische Nationalismus erfuhr von ungarischer Seite weniger Aufmerksamkeit, obwohl dieser bereits seit dem Ende des 18. Jahrhunderts agitierte. *Kontler*, Millenium in Central Europe, 241, 244.
[75] *Kontler*, Millenium in Central Europe, 298-299.
[76] *Komlosy*, Imperial Cohesion, 419.
[77] Inwiefern diese cisleithanischen Konflikte als Kampf um kulturelle Hegemonie angesehen werden können, bespricht Komlosy kontrafaktisch. *Komlosy*, Imperial Cohesion, 412-421.
[78] So waren etwa „historisch-ungarische“ Namen (unter denen sich auch von Zeitgenossen erdichtete befanden) für Kinder circa 1800 zur nationalistisch motivierten Mode geworden. *Nemes*, Budapest, 103

Konstrukte zurück, deren Ursprünge breit gestreut waren: Es fanden sich dort Anklänge der französischen Revolution und ihrer Staatstheorie, der europaweit betriebenen Aufklärung, sowie der deutschen Romantik und dem dort formulierten Selbstverständnis als „Sprachnation." Ungezählte indirekte Einflüsse (Migrationspolitik, Verhältnis von Religion und Staat, Bildungsprogramme, etc.) hatten Ursprünge in aller Welt und wirkten ebenfalls auf das ungarische Nationsverständnis ein. Wirklich außergewöhnlich an dessen Theorien war nur die Fluidität der Zugehörigkeit zur ungarischen Nation: Sprachliche Assimilation war theoretisch ausreichend, um als Ungar zu gelten, und biologistische Konzepte nationaler Zugehörigkeit hielten nur verzögert, und auch dann nur zum Teil, Einzug.[79] Der ungarische Nationalismus erhob Sprache also zum wichtigsten Merkmal der nationalen Gemeinschaft, in Anlehnung an das „französische" Nationalstaatsmodell: Die Schaffung, Propagierung und nachhaltige Verankerung einer Hochsprache sollte aus fragmentierten Regionen einen einheitlichen Nationalstaat erschaffen, der damit die Frage bürgerlicher Repräsentation mit den Sprachgewohnheiten ebenjener Bürger verknüpfte.[80]

Das historische Ungarn war ein aus mehreren Kulturräumen zusammengesetzter Staat: Im Norden und Nordosten lebten Slowaken und Ruthenen, im Osten Rumänen und im Süden Serben; im Südwesten formte Kroatien ein autonomes Teilgebiet, und selbst im westlich gelegenen Burgenland wurde die Grenze zwischen Deutschen und Ungarn Richtung Wien immer schwammiger. Über das Land verstreut lagen Siedlungsinseln von Deutschen und Juden, und in den größeren Städten (allen voran natürlich Budapest) waren durch Migration, Urbanisierung und internationale Einflüsse kulturelle Ballungszentren entstanden.[81] Viele dieser Minderheiten im historisch-ungarischen Reichsgebiet blickten auf eine lange Siedlungsgeschichte zurück, deren Heimaten durch Eroberung, Erbschaft und andere historische Verwicklungen unter die Verwaltung der Krone des heiligen Stefan gefallen waren. Die Ungarn selbst waren die größte Volksgruppe, doch auch ihr Siedlungsraum lag weit verteilt: Transsylvanien, die Slowakei (damals Oberungarn) und das Banat, die alle außerhalb Zentralungarns – des Kerngebiets ungarischer Besiedlung – lagen, beheimateten nennenswerte Teile der ungarischen Bevölkerung.[82]Dabei waren die regionale Überlappung und Durchmischung zwischen den Ethnien so stark, dass die Zusammensetzung vor Ort stark variieren konnte. Sie wurde auf kultureller Ebene ebenfalls verkompliziert. Denjenigen, die die Magyarisierung vorantrieben und auf Regierungsebene implementierten, wollten durch Assimilation die kulturelle Karte des Landes arrondieren.

[79]*Komlosy*, Imperial Cohesion, 377.
[80]*Komlosy*, Imperial Cohesion, 375.
[81] Diese Schichtung war ein Ergebnis historischer, wirtschaftlicher und entwicklungspolitischer Prozesse und sollte nicht pauschal mit sozialer Mobilität gleichgesetzt werden. Wirtschaftliche Verhältnisse, wie etwa die Bedingungen landwirtschaftlicher Produktion, reflektierten soziale Hierarchien. Kontler hat in diesem Zusammenhang von einer „dualen" Sozialstruktur gesprochen. *Kontler*, Millenium in Central Europe, 304, 305-308. Die Juden Ungarns waren insofern ein Sonderfall, als sie reichsweit vermehrt zur Urbanisierung beitrugen. Sie kamen vor allem als (Wirtschafts-)Flüchtlinge im 19. Jahrhundert und assimilierten sich für gewöhnlich schneller als andere Gruppen. *Komlosy*, Imperial Cohesion, 404.
[82]*Tóth*, Geschichte Ungarns, 583-584.

Anstatt also die Minderheiten völlig auszuschalten, ging es vielmehr um die Schaffung einer kulturellen Hegemonie des Ungarischen – die Minderheiten konnten weiterbestehen, hatten sich aber der Vorherrschaft ungarischer Sprache und Kultur zu beugen, durch die der einheitliche ungarische Nationalstaat erschaffen werden sollte. Dabei war die Vorherrschaft des Ungarischen eine, die sich über den gesamten öffentlichen Raum erstreckte: Die Magyarisierung des eigenen Namens beispielsweise war eine Unterordnungsgeste unter diese Vorherrschaft. Nach und nach wurde Ungarisch zur Amts- und Unterrichtssprache erhoben, wodurch manche Zentren kultureller Vermischung in wenigen Jahrzehnten homogenisiert wurden.[83] Selbst die materielle Umwelt der Bürger der Stephanskrone reflektierte das Sprachgebot in einsprachigen Orts-, Straßen- und Geschäftsschildern,[84] und nötigte so jedem eine Auseinandersetzung mit den neugeschaffenen Verhältnissen ab. Ziel solcher Praktiken war, dem Sprachgebot durch politischen und gesellschaftlichen Druck nachhaltig Geltung zu verleihen und die hierarchischen Verhältnisse, die in Ungarn herrschten, gesellschaftlich zu visualisieren. Assimilation war nur einer der mehrdimensionalen Hintergründe, die die Durchsetzung kultureller Hegemonie verfolgte: Eine gesellschaftliche Hierarchisierung, die sich etwa in einer „magyarisierten" Beamtenschaft niederschlägt, war ebenfalls eine treibende Kraft. Solche Modelle hatten, wie bereits erwähnt, ihre Wurzeln im „französischen" Modell, nachdem die Schaffung des Nationalstaats namhaft über die Sprache eingeleitet wurde und dementsprechend eine einheitliche Hochsprache benötigte.[85]

Mit einer Umgestaltung der kulturellen Landkarte wollte die ungarische Politik die Möglichkeit gewinnen, den staatlichen Raum zu vereinheitlichen und dadurch direkter zu beherrschen. Zwangsläufig adoptierte das Königreich dadurch und durch die Orientierung am „französischen" Modell den Zentralstaat als politische Notwendigkeit, und beseitigte regionale Selbstverwaltungsstrukturen anderer Nationalitäten. DerLandtag und die Regierungsorgane Siebenbürgens etwa, welches der Region eine Teilautonomie verschafft hatte, verschwand, und das Budapester Parlament nahm deren Kompetenzen an sich.[86] Zwar war mit den lokalen Selbstverwaltungsstrukturen ein System örtlicher Repräsentationsräume entstanden, die regionalpolitische Partizipation ermöglichten.[87] Doch das rigide, von ständischem und Klassenbewusstsein erdachte Wahlsystem auf der einen und die politisch weit verbreitete Korruption[88] auf der anderen Seite machten einen effektiven oppositionellen Widerstand unmöglich und erschwerten kritischen Stimmen das Schmieden übergreifender Allianzen. Der ungarische Nationalismus wuchs in seiner Staatlichkeit also auf Kosten anderer Nationalismen heran, verstand sich aber gleichzeitig als Ordnungsfaktor eines

[83] Budapest etwa war ab dem Ende des 19. Jahrhunderts zu einer ungarisch-sprachigen Stadt geworden, obwohl vormals die deutsche und eine Reihe anderer Sprachen vorherrschte. *Nemes*, Budapest, 101, 186.
[84] Beispielhaft sind hier die Umtriebe nationaler Aktivisten, die noch vor der Revolution von 1848 in Budapest zu wirken begannen. *Nemes*, Budapest, 126-127.
[85] *Tóth*, Geschichte Ungarns, 476-477.
[86] *Tóth*, Geschichte Ungarns, 545.
[87] Die Schaffung des Gesetzes zur „Ordnung der Munizipien" normierte zwar die Verwaltungsebenen, trug aber zur Zentralisierung bei, weil die traditionell selbstverwalteten Städte und Komitate durch die Reform an Bedeutung einbüßten. Vgl. dazu *Tóth*, Geschichte Ungarns, 546.
[88] Unter Tisza wurden die Wahlkreise „entsprechend" eingeteilt. Vgl. dazu *Hanák*, Ungarn in der Donaumonarchie, 214.

imperialen Systems, der im Sinne von Münklers Verräumlichung nationale und imperiale Strukturen zusammenführte.

IV.2. Praxis und Maßnahmen

In der politischen Praxis war die Magyarisierung ein politisch nie ernstlich bedrohtes, in der Breite der relevanten Wählerschaft fest verankertes Programm, das von jeder Regierung nominell weitergeführt wurde. Obwohl Minderheitenverbände in Ungarn auch parteipolitisch aktiv waren, war ihr politischer Einfluss stark eingeschränkt und wurde auch von staatlicher Seite behindert.[89] Die ungarische Parteienlandschaft stand bis auf wenige Ausnahmen voll hinter dem programmatischen Assimilationsgedanken, auch wenn einzelne Strömungen unterschiedliche Schwerpunkte setzten. Magyarisierung wurde dadurch im politischen Alltag ein Konzept, dass unterschiedliche Bedeutungen annehmen und für vielfaltige Vorstellungen instrumentalisiert werden konnte. Das Minderheitenrecht in Ungarn hätte eigentlich manche der Maßnahmen abschwächen, gar ganz verhindern sollen, da ihr vorgebliches Ziel die Wahrung der kulturellen Rechte nicht-ungarischer Minderheiten war. Deren Betätigungsraum wurde aber im Laufe der Zeit immer mehr eingeschränkt, indem sukzessive Regierungen die ungarische Sprache nach und nach zur verpflichtenden Hauptsprache des Alltags machten.[90] Der Konfliktstoff, den diese kulturellen Bestrebungen in Kauf nahmen, griff auf gesellschaftliche Bereiche, die nur indirekt etwas mit Nation, Identität und Kultur zu tun hatten, über.[91] Die europäische Staatenwelt war in den 1870er Jahren und darüber hinaus von Kulturkämpfen geprägt, in denen im Namen moderner Staatlichkeit die letzten gesellschaftlichen Autonomien beseitigt wurden. Schlussendlich konnte Magyarisierung auch durch Zwangsmittel betrieben und gestützt werden, etwa durch Gewaltanwendung, Betätigungsverbote und Zensur. Insofern ist die politische Praxis der Magyarisierung untrennbar mit der sozialen Konstruktion staatlicher (Verwaltungs-)Macht verbunden.

Einer der prominentesten Reformforderungen nach dem Ausgleich war eine umfassende Bildungsreform, die der Notwendigkeit nach Breitenbildung gerecht werden konnte.[92] Eine allgemeine Schulpflicht wurde eingeführt, und jeder Bürger sollte in den Genuss einer allgemeinen Grundschulbildung kommen, die sich auf Lesen, Schreiben und Rechnen konzentrierte. Erstmals waren unter den auszubildenden Kindern auch Mädchen zu zählen,[93] was allerdings nicht so sehr die Folge eines gesellschaftlichen Wertewandels war, als vielmehr berufliche Realitäten konfrontierte: Gerade in den ärmeren Schichten der Gesellschaft waren auch die Frauen berufstätig und benötigten eine vorbereitende Ausbildung. Auch ein spezialisiertes Hochschulbildungsangebot sollte geschaffen werden:

[89] Eine der frühesten Organisationen, die zerschlagen wurde, war 1875 die Matica Slovenská, ein Kulturverein. Man warf dem Klub panslawistische Agitation vor. *Kontler*, Millenium in Central Europe, 288-289.
[90] Diese sich verstärkende Entwicklung ist in der vorliegenden Arbeit nachgezeichnet worden: Sie begann in der Verwaltung, nahm dann Einfluss auf den öffentlichen Raum, und drang zuletzt durch Schulen und Kirchen ins Privatleben vor.
[91] Ab etwa 1880 setzte ein Umschwung von liberal-aufklärerischen Assimilationsanreizen zu klaren Verletzungen des Nationalitätengesetzes von 1868. *Kontler*, Millenium in Central Europe, 283.
[92] Nemes hält demnach auch fest, dass das Bildungswesen in Ungarn stetig ausgebaut worden sei. *Nemes*, Budapest, 90.
[93] *Nemes*, Budapest, 91.

Besonderen Stolz erzeugte in diesem Zusammenhang die Gründung der technischen Hochschule in Budapest im Jahre 1846.[94] In Ungarn kam es damit also zu einer regelrechten Bildungsoffensive, in deren Zusammenhang landesweit Schulstrukturen und höhere Bildungseinrichtungen aufgestellt wurden.

Es kann nicht verwundern, dass gerade die Bildung zu Beginn einen so hohen Stellenwert in der Politik genoss, wenn man sich die realen Bedingungen der ungarischen Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse vor Augen führt, mit denen das Land in die staatliche Semiselbstständigkeit trat, in die es durch den Ausgleich entlassen wurde. Ungarn war 1867 noch ein größtenteils agrarisches Land, dessen geringe industrielle Kapazitäten noch in den Kinderschuhen steckten,[95] und dessen traditionelle Manufakturzentren einen breiten Massenkonsum nicht bedienen konnten. Die meisten Menschen waren in der Landwirtschaft beschäftigt und arbeiteten dort in großer Abhängigkeit von ihren Vorgesetzten.[96]Häufig waren die Bewohner des Landes Analphabeten: Zwei Drittel der Männer und drei Viertel der Frauen konnten 1869nicht Lesen oder Schreiben.[97] Mangelnde Aufstiegsmöglichkeiten sowie rechtliche Unfreiheit und Bildungsmangel begünstigten sich wechselseitig und verwehrten den meisten ein Entkommen aus diesen Verhältnissen. Die von aufklärerischen Mündigkeitsvorstellungen geleiteten, reformerischen Frühnationalisten sahen in einer genossenen Allgemeinbildung eine unumgängliche Vorbedingung politischer Betätigung und erklärten diese deshalb zum verpflichtenden Standard. Überhaupt wurde das vormals autonome Bildungswesen fortlaufend standardisiert und normiert – dazu zählten Unterrichtspläne und -sprache, Verteilung finanzieller Mittel, Überführung der Verantwortlichkeit und Zuständigkeit in staatliche Obhut und vieles mehr.

Natürlich barg dieser Normierungsaspekt eine Gefahr für die egalitären Grundsätze der Bildungsreform. Wenn Standardisierung bedeutete, dass die Ausdrucks- und Partizipationsmöglichkeiten nicht-ungarischsprachiger Schüler drastisch eingeschränkt wurden; dass deren Sprachen marginalisiert und unterdrückt[98] wurden und dass die ungarische Gesellschaft fehlende kulturelle Anpassung immer mehr mit politischer Unverlässlichkeit gleichsetzte, dann gefährdete sie diese Minderheiten selbst. Zwar war die ungarische Gesellschaft multiethnisch und von Bilingualität im Alltag geprägt, weshalb Sprachinseln, Mischräume und kulturelle Ballungszentren (wie Budapest[99]) sich bis über den Zerfall des Königreichs hinaus weitgehend erhielten. Dennoch nahm Ungarisch, als es in immer mehr Sphären zur alleinigen Sprache erhoben wurde, eine hegemoniale Stellung ein. Phänomene wie die Magyarisierung des eigenen Namens flankierten diese Hegemonie und

[94]*Nemes*, Budapest, 90.
[95]*Komlosy*, Imperial Cohesion, 397.
[96] Durch ein Dienerschafts-Gesetz 1876. *Kontler*, Millenium in Central Europe, 289. Die „Einödhöfe“ geben eindrucksvoll Beispiel von der gesetzlichen Gehorsamspflicht, die viele Landarbeiter den Gutsbesitzern schuldeten. Toth,582-583.
[97]*Kontler*, Millenium in Central Europe, 285.
[98] Die Unterdrückung, etwa als Auflösung von Kulturvereinen, wurde schon angesprochen. Mit der Anwendung des ebenfalls erwähnten „Lex Apponyi“ wurde das ungarische Bildungswesen notgedrungen für viele Schüler zweisprachig.
[99]*Nemes*, Budapest 186-187.

liefen auf eine Form kultureller Unterordnung hinaus, die zwar im Prinzip die Existenz kulturellen Andersseins akzeptierte, diese aber auf den privaten oder örtlichen Gebrauch zu beschränken suchte. Alle Regionen des historischen Ungarn, auch die, die nicht mehrheitlich von kulturellen Ungarn bevölkert waren, sollten so mit einer identitätsstiftenden Klammer verbunden werden, für die die sozial konstruierte Vorstellung dessen, was „Ungarisch" sei, als Leitkultur fungierte.

Die umstrittensten Aspekte der Magyarisierung waren die Zwänge, die sie in der Gesellschaft hervorbrachten, und die notfalls von Regierung und Gesellschaft geltend gemacht wurden. Um die nationalistisch begründeten Ansprüche auf kulturelle Hegemonie durchsetzen zu können, griffen Regierung und Behörden, Ämter und Schulen, teils die Gesellschaft selbst auf Zwang und, als letztes Mittel, Gewalt zurück. Regierungsinitiativen und nationalistische Agitation verstärkten sich im 19, Jahrhundert gegenseitig, ohne – wie vor 1867 – von habsburgischer Seite behindert oder abgeschwächt zu werden.[100] Zwar blieb der Grad direkter Gewaltanwendung sehr beschränkt; nur selten kam es zu Unruhen mit Toten, wie etwa am 27. Oktober 1907 in Černová, wo zwölf slowakische Bürger in einem Handgemenge mit der Polizei ihr Leben ließen.[101]Dennoch waren Formen indirekter Gewalt und des Zwanges an der Tagesordnung: Nichtungarische Sprachen wurden Schritt für Schritt aus dem öffentlichen Leben entfernt, die Beherrschung der ungarischen Sprache wurde zu einer Bedingung sozialen Aufstiegs, gesellschaftlicher Druck nötigte Menschen mit ausländisch klingenden Namen zur Magyarisierung ebenjener und die Organisationsmöglichkeiten ethnischer Minderheiten wurden auf ein Minimum eingeschränkt.Parteien, die allzu nationalistische Töne im Kampf für die politische Selbstbestimmung der Minderheiten anschlugen, wurden häufig aufgelöst und auch einzelne Individuen, die sich gegen die Ordnungsmacht stellten (oder in den Verdacht gerieten), wurden in Haft genommen.[102]

Doch die Reichweite ungarisch-nationalistischer Agitation machte nicht vor den Grenzen des Politischen halt: Auch gänzlich unpolitische Vereine wurden durch öffentlichen Druck genötigt, sich sprachlich anzupassen oder sich aufzulösen.[103] Selbst Loyalitätserklärungen der Vereinsorgane waren keine Garantie für eine ungehinderte Tätigkeit, und viele gaben den Forderungen der Nationalisten nach. Es wird deutlich, dass gesellschaftliche Hegemonien die Verordnungen der Exekutive in einer Tandemfunktion ergänzten: Während die Behörden selbst sich nur in deutlichen Fällen politischer Verweigerung mobilisierten, konnten Lehrer den Bildungspfad, Vorgesetzte das Arbeitsverhältnis, höherrangige Offiziere die Militärtätigkeit und die Öffentlichkeit den Kulturgeschmack beeinflussen, was jeden Bürger persönlich und auf lange Zeit betraf. Die verbreitete, oben erwähnte Mehrsprachigkeit, die in Regionen mit auffälliger sprachlicher Durchmischung zur Norm wurde, war zwar geeignet, die schlimmsten Auswirkungen auf die

[100]*Kontler*, Millenium in Central Europe, 279-280.
[101]*Kontler*, Millenium in Central Europe 298.
[102]*Kontler*, Millenium in Central Europe, ebenda.
[103] Soziale Klubs und Schützenvereine gerieten ins Visier nationalistischer Agitatoren – obwohl sie sich klar dazu bekannten, keinen politischen Charakter zu haben. Vgl. dazu *Nemes*, Budapest, 178.

eigene Person einzuschränken.[104] Doch dies erforderte einerseits einen Zugang zu Bildung, und andererseits die Unterdrückung der eigenen Sprache und Kultur: Die größten Erfolge der Magyarisierung waren denn auch unter den Gebildeten und, als gesellschaftlicher Sonderfall, bei den Juden zu finden. Wo sich gegen diese Maßnahmen Widerstand regte, konnten die vollstreckenden Beamten auf die kaiserlichen Weisungen des Ausgleichs und auf die Delegation dieser Zuständigkeit an die ungarische Regierung verweisen – wer sich der Magyarisierung widersetzte, handelte demnach geltendem Recht zuwider, auch wenn die diesem Vorgehen zugrundeliegenden Straftatbestände von der Polizei meist großzügig ausgelegt wurden.[105]

Wie am Beispiel von Sprach- und Schützenvereinen vor Augen geführt werden konnte, beschränkte sich die Magyarisierung mitnichten auf die Sphäre des Politischen, sondern drang ins öffentliche Leben und teils in das als privat Empfundene vor. Ein deutliches Beispiel ist die staatliche Haltung gegenüber den christlichen Kirchen, die weder auf konfessionelle noch kulturelle Autonomieräume Rücksicht nahm.[106] Die Magyarisierung, die ja zuvorderst eine Form des Nation-Building war, trieb auch den Ausbau der Staatlichkeit voran. Der Staat griff nun nach Kontrolle und Verfügungsgewalt über die Register und Zertifikate, die von den Kirchen über ihre Gemeinden geführt wurden: Geburtsregister, Heiratsurkunden, Testamente usw. Zwar gelang es den staatlichen Behörden nicht sofort, alle Kompetenzen an sich zu ziehen (was angesichts der schieren Menge an Informationen an logistischen Erwägungen gelegen haben dürfte), er setzte aber durch, dass diese Register in ungarischer Sprache verfasst wurden.[107] Dass die Messsprachen verschiedener minderheitlicher Konfessionen zugunsten des Ungarischen weichen mussten, war jedoch nicht mehr mit administrativen Erwägungen begründbar, sondern hatte die Durchsetzung kultureller Vorherrschaft zum Ziel.[108] Das wird auch daran deutlich, dass in Ungarn keine Staatskonfession propagiert oder eine andere gezielt als staatsfeindlich gebrandmarkt wurde – so wie dies in anderen Teilen Europas (etwa Deutschland, Italien und der Schweiz) durchaus der Fall war. Stattdessen zielte diese Politik darauf ab, fremdsprachige Kirchen auf die staatliche Linie zu zwingen. Eine gewisse religiöse Toleranz gegenüber verschiedenen christlichen Konfessionen lag in der Natur des ungarischen Nationalismus – schließlich waren die Ungarn selbst als Katholiken, Lutheraner und sogar Calvinisten eine multikonfessionelle Gruppe. Demnach war die ungarische Kirchenpolitik ein Ausdruck nach Säkularismus strebender Staatlichkeit: Die Übernahme administrativer Aufgaben von der Kirche durch den Staat war zu diesem Zeitpunkt in Europa weder ungewöhnlich noch schwer zu begründen, und sollte die Rechtsgleichheit aller nationalen Bürger garantieren. Doch die

[104] So wurde 1897 aus dem Stadtrat Johann Haberhauer der Bürgermeister János Halmos. *Nemes*, Budapest, 188.
[105] Häufig wurden Vorwürfe der Majestätsbeleidigung oder des Panslawismus für diesen Zweck verwendet.
[106] Besonders unter Sándor Wekerle begann die „Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in den Mittelpunkt“ zu rücken. Vgl. dazu *Tóth*, Geschichte Ungarns, 556.
[107] Durch das ungarische Parlament mit Gesetzen, die 1836/40 verabschiedet wurden. Vgl. dazu *Nemes*, Budapest, 112-113.
[108] Diese Forderungen blieben hypothetisch und konnten sich nicht durchsetzen. *Kontler*, Millenium in Central Europe, 291-292.

auf dem Balkan historisch bedingte Nähe von religiöser und kultureller Identität machte eine Magyarisierung dieser Sphäre notgedrungen zu einem indirekten Angriff auf die Kultur selbst.

V. Beiträge zu den außenpolitischen Konflikten anlässlich Magyarisierung zwischen der Donaumonarchie und dem Deutschen Kaiserreiche

V.1. Pangermanen und deutsche Staatspolitik

Der Widerstand der deutschen Außenpolitik äußerte sich gegen alles, was den Schutz des deutschen Elementes anbelangte, unabhängig davon, in welchem Winkel der Welt Deutsche lebten. Besonders betraf diese Schutzpolitik die Habsburgermonarchie, in der Deutsche sozusagen im Meer des slawischen, bzw. ungarischen Elementes leben mussten. In Cisleithanien, also in den im „Reichstrath vertretenen Königreichen und Ländern“ war die Sache aus pangermanischer Sicht besonders gefährlich, wo es drohte, dass wenn die demographische Vermehrung nichtdeutschen Elements ein unerwünschtes Ausmaß erreicht, geraten die Deutschen in Minorität. Die österreichisch–ungarische Außenpolitik stand deutscherseits unter einem ständigen Druck, um die drohende „Entgermanisierung” aufzuhalten. In erster Linie ging diese Schutzpolitik der deutschen Regierungen der Reihe nach ab Anfang der 1890er Jahre dynamisch vor. Selbstverständlich konnte keine dieser Regierungen von den zwingenden Auswirkungen der alldeutschen Bewegung freimachen, Regierung und Alldeutscher Verband bildeten im Großen und Ganzen im Schutz der deutschen Sprachinseln eine Aktionseinheit, ergänzt und gefördert von der deutschen Finanzwelt, von den reichsten Kreisen der Großindustriellen. 1894 kam der Ostmarkverein auf die Welt, der in erster Linie gegen die Polen, auf ihre Eindeutschung gerichtet war.[109]

Die deutsche Diplomatie unter der Kanzlerschaft von Leo von Caprivi aktivierte sich bezüglich Volkstumsschutzes weniger, nach ihm, in der Kanzlerperiode von Hohenlohe-Schillingfürst kam es aber mit erneutem Kräfteeinsatz zur Geltung. Plädieren für die Rechte der Sudetendeutschen, deutschen Sprachgebrauch in Böhmen, drückende Mehrheit der Slawen in dem Wiener Reichsrat usw. thematisierte die deutsche Diplomatie seit Anfang der 1890er Jahre gegen Österreich-Ungarn regelmässig von Woche zu Woche. Anfangs war diese volksdeutsch gefärbte Protestkampagne nur gegen die cisleithanischen Umstände kritisch, Ungarn wurde mehr oder weniger geschont.

Die anderen Minoritäten im Machtrahmen des Ungarischen Königreiches mangelten hingegen an tatkräftigen Schirmherren. Weil sie über überhaupt keine oder nur schwache Mutterstaaten verfügten. Die Slowaken standen unter ungarischer staatlicher Gewalt, es gab damals noch keine Ukraine, das rumänische Königreich galt noch jemals als bedeutungsloser Faktor der großen Politik. Sie waren nicht in der Lage, im Falle eines eventuellen „Justizmordes“ Verwahrung einzulegen. Nur alleine das Deutschtum hatte einen

[109] Gyula T*okody* - Emil *Niederhauser*, Németország története [Geschichte Deutschlands] (Akadémiai kiadó, Budapest, 1983), 219.

außenpolitischen Gönner in der Gestalt des Deutschen Kaiserreiches. Übrigens hatten die ungarnländischen Slawen, also die Slowaken, Ruthenen und Serben einen Beschützer im Russischen Reiche, dies konnte aber seinen Einfluss lediglich durch mittelbare politische Mittel zur Geltung bringen.

Polenpolitik und „Ungarnpolitik" kann man voneinander nicht trennen. Im Mittelpunkt der sich fortwährend erneuernden diplomatischen Interventionen stand die österreichisch–ungarische Außenpolitik hauptsächlich im Revier der Polenpolitik, aber nicht mit großem Abstand davon die Nationalitätenpolitik der ungarischen hohen Elite. Erstes nahm nicht selten äußerst aggressive Formen an. Die Polen Galiziens genossen seit den 1870er Jahren in Cisleithanien gegenüber den Ukrainern einen fast vernichtenden innenpolitischen Vorzug. Sie waren in der Wiener Politik überall da, bildeten eine zahlreiche Gruppe im Sitzungssaal des Reichsrats, den sogenannten Polenklub, ihre Interessenvertretung ging über das „normale" Ausmaß, praktisch konnten sie alles erreichen, was sie wollten.[110] Die deutsche Vertretung, jeder deutsche Botschafter in Wien protestierte gewöhnlich gegen diese Übermacht der Polen, gegen die die ganze galizische Peripherie umfassende „Polenwirtschaft". Inwiefern waren diese Beschuldigungen berechtigt, muss dahingestellt werden. Eins ist sicher: die Forderung für die Sicherung der Majorität des Deutschtums in den österreichischen Erblanden muss man auf die Ausdehnungssucht des deutschen Imperialismus zurückführen. Deutschland durfte nämlich das wichtigste Kettenglied nach Süden, die Österreichisch-Ungarische Monarchie wegen der Verbindung mit dem Balkan nicht verlieren. Übernimmt die politische Macht in Österreich und im Karpatenbecken ein slawisches Element, beispielweise die stark deutschfeindlichen Polen, schwebt der Zugang zu den Meerengen in Gefahr, was eine Vormacht Russlands in dieser Region mit sich bringt.[111]

Die Sache mit dem Magyarentum und der Magyarisierungspolitik der jeweiligen ungarischen Regierungen war ein krasser Widerspruch. Was mit den ungarnlädischen Deutschen passiert, erschien in Berlin als keine Schicksalsfrage. Ob die ungarischen Regierungen aus den Donauschwaben „Magyaren" machen wollten, war für die Wilhelmstrasse nicht grundeinerlei, aber die Attacke der ungarischen Behörden gegen die deutsche Sprache fiel nicht so schwer ins Gewicht, wie im Falle der Polen[112]. Außenpolitisch trieben die altbewehrten Interessen Deutschland und Ungarn in dasselbe Lager zusammen. Das innere Gleichgewicht der Monarchie beruhte auf dem Fundament der inneren Ruhe in Ungarn, und trotz des politischen Rivalisierens zwischen Deutschland und der Monarchie vertrat die pure Existenz der Donaumonarchie einen unentbehrlichen Wert. Seit dem im Jahre 1879 abgeschlossenen Zweibundvertrag brachten die zwei politischen Entitäten in ein und

[110] Zoltán *Tefner,* Az Osztrák–Magyar Monarchia lengyelpolitikája 1867–1914 *[Polenpolitik der Österreichisch–Ungarischen Monarchie 1867–1914],* (L'Harmattan Kiadó, Budapest, 2007.) 106–124. Lengyel kiegyezés – magyar kiegyezés – szláv kiegyezés *[Polnischer Ausgleich – ungarischer Ausgleich – slawischer Ausgleich]*. Diesen Ort bedanken wir uns für die Kolleginnen Laura Stáhl und Noémi Nikl für die Übersetzung der zur Fallstudie nötigen ungarischen Textpassagen ins Deutsche.

[111] Ebenda

[112] *Tefner*, Az Osztrák–Magyar Monarchia, 497–527. Die preußische Regierung hat die Polen arrogant unterdrückt, während die Wilhelmstraße in Wien wegen der galizisch-polnischen Übermacht über die Deutschen alarmierte.

dasselbe Lager zusammen. Außenpolitisch, was die grundlegenden Reichsinteressen anbetrifft, waren die zwei Reiche, Deutschland und das Ungarische Königreich aufeinander angewiesen. Aus dem Blickwinkel eines innenpolitisch instabilen Österreichs. In der Wirklichkeit sah die Sache nicht ganz so aus, aber unabhängig davon dachten es viele Deutsche, besonders die militärische Flügel so: Österreich ist ein langsam auflösendes Kadaver, das künstlich im Leben behalten werde soll. 1915 wurde Warschau und praktisch das ganze Polen von der deutschen Armee du der k. u. k.-Truppen erobert. Beide Besatzungsmächte haben Polen in zwei so genannte „Militär-General-Gouvernements" aufgeteilt, und sie fingen an ganz Kongress-Polen gemeinsam zu verwalten.[113] Schon in dieser frühen Periode zeigte sich in der deutschen Politik, insbesondere um die Gruppe Hindenburg–Ludendorff-Gruppe[114], ein gewisses Misstrauen gegenüber Österreich. Sozusagen: wenn die deutschen Militärexperten in die weiteste Zukunft vorausblickt, hielten sie es unmöglich, dass die Österreichisch-Ungarische Monarchie geeignet sei, Osteuropa vor der russischen Machtbegierde zu verteidigen. Sie wollten mit der Zeit alle beide Gouvernements übernehmen und Österreich leer ausgehen lassen.[115] „Russland ist groß, es hat praktisch alles, was man zur Entwicklung braucht, und kann wie ein Phoenix-Vogel aus dem Feuer neugeboren werden." – kreiste die Metapher in dem damaligen Ungarn herum.

Begründet konnte diese Aussprache mit dieser auch in die künftigen Zeiten projizierten, drohenden russischen Expansionsgefahr, abgesehen davon, ob Russland den Krieg verliert oder nicht. Und noch eine sehr wichtige Überlegung: in der deutschen Außenpolitik überwieg nach den Jahrhundertwende die Angst davor, dass Österreich einmal (in der fernen Zukunft) seine außenpolitische Verpflichtung wechselt, sucht sich einen anderen Bundesgenossen, der Dreibund löst sich auf, Ungarn wird ein selbstständiger Staat, wodurch die Durchfahrt in die Richtung Balkan und Meerengen sich abschließen wird. In diesem Fall hatte die deutsche Außenpolitik keinen Ausweg, nur den unmittelbaren Straßenkontakt – Bahn und Landstraße – durch das österreichische Schlesien, nachdem Deutschland das feindselig gewordene Österreich mit Waffengewalt zur Übergabe von Teschen gezwungen hatte. Also für alle Fälle musste man die gute Freundschaft mit den Magyaren der Zukunft zuliebe aufrechterhalten.

Je mehr der Erste Weltkrieg ins Blickfeld geriet, desto intensiver wurde ein nicht offen ausgesprochene, aber immanent existierende Notwendigkeit: mit allen Möglichkeiten muss man rechnen, die die politische und militärische Sicherheit sogar längerfristig bedrohen würde. Und zuletzt während des Weltkrieges wurde dieser Problematik eine viel größere Bedeutung beigemessen. Nicht ganz zu vernachlässigen war doch die Sache, dass in Ungarn *irgendeine* deutsche Volksgruppe der reichsdeutschen, großen Politik zur Verfügung steht, falls *auch* die Magyaren den Weg nach Süden abzusperren beabsichtigen würden. (Diese

[113] Zoltán *Tefner:* A két főkormányzóság. A katonai igazgatás megszervezése a visszafoglalt Lengyelországban 1914–1915 *[Die zwei Militärgeneralgouvernements. Die Organisation der Militärverwaltung in dem zurückgeoberten Polen 1914–1915.]*. In: Valóság 2019 december LXII. évfolyam 12. szám. 60.
[114] Beide Generale befleißigten während des Weltkrieges die Aufstellung einer polnischen Armee, um Ersatz für die in den blutigen Kriegsereignisse rückgängig gewordene Menschenreserve zu besorgen.
[115] *Tefner*, A két főkormányzóság, 61–65.

Variante war laut deutscher Sicherheitspolitiker auch nicht auszuschließen.) In diesem Zusammenhang hatten nach der Planung der Wilhelmstrasse die Donauschwaben die Rolle des „latenten" Verbündeten, um die Besetzung reibungslos vollzuführen. Eine Karte im Spiel, die in dem hintersten Teil der Tischschublade gehalten wurde. (Zu Ende des zweiten Weltkrieges, im März 1944, vor der Besetzung Ungarns durch die deutschen Truppen wurde in Berlin auch diese Lösung erwogen.)

V./2. Verbindung mit dem Balkan

Noch komplizierter wurde das Verhältnis mit Ungarn, als Anfang November 1917 Deutschland und Österreich zu einem Abkommen kamen, in dem Österreich auf seinen Expansionsanspruch auf den 1916 gemeinsam besetzten Rumänien verzichtete, und die Monarchie als Austauschobjekt das Recht über Polen erhielt.[116] Der Expansionswunsch auf Rumänien ergab sich aus der bekannten Exzentrizität des deutschen Kaisers Wilhelm, der sich auf eine Reise auf den Balkan in Rumänien im konkreten Sinne des Wortes „vergafft" hatte.[117] Sein Brief an den damaligen Reichskanzler Michaelis wimmelt von den enthusiastischen Sätzen über die Schönheiten und das Reichtum Rumäniens.[118] Die gewöhnliche Kaprice des Kaisers ließ die Bedeutung Ungarns erhoben. Und Rumänien war am einfachsten durch das Ungarische Königreich zu erreichen.

In dem dritten Jahr des Weltkrieges ging es konkret nicht darum, die Entscheidungen wurden in dem engsten Kreis der deutschen politischen Führung gefällt. Gegen Ende des Jahres 1916 erhielt der damalige ungarische Ministerpräsident, István Tisza ein Memorandum aus Wien, von der deutschen Botschaft. Der Brief beging einen sehr krummen Weg, bis es auf dem Schreibtisch von Tisza gelangte. Ursprünglich war der Absender der pangermanisch politisierende „Verein für das Deutschtum in Ausland", datiert vom 1. August 1916. Der Adressat war der deutsche Reichskanzler Theobald Bethmann Hollweg, der das Dokument an den deutschen Botschafter in Wien, Heinrich Leonard von Tschirschky überleitete. Und er schickte das Dokument an die Adresse des Sekretariats nach Budapest.

Bethmann Hollweg, später Michaelis und Hertling mussten die Magyaren mit Samthandschuhen antasten, während auch die militärpolitischen Gesichtspunkte vor Augen gehalten werden mussten. Um den Ziegen und das Kohl zugleich zu erhalten. Die Denkschrift lautete nichts besonders erregend, solche Tonart war seit den 1890er absolut gewöhnlich. Die mangelnde schulische Ausbildung wurde darin beanstandet, die auf Konto

[116] Politisches Archiv des Auswärtigen Amts Berlin (im weiteren PAAA). Abteilung A. Geheime Akten. Krieg 1914. 20c. Bd. 19. Die Zukunft der besetzten Gebiete Polens. 16. Oktober – 8. November 1917. RZ201 021674 286. Aufzeichung über die Besprechung am 6. November 1917. über die polnische Frage. Staatssekretär Richard von Kühlmann: „[…] die zweite betreffe Rumänien: Hier handle es sich um die Frage des freien und ungehinderten Transits; […]"

[117] Am 18. Mai 1917 im Hauptquartier in Bad Kreuznach haben die zwei Bundesgenossen die Positionen im Osten gerade im gegenteiligen Sinne verteilt: die Donaumonachie bekommt Rumänien, Deutschland Polen. Die Verhandlungen am 6. November 1917 haben diese Kreuznacher Verabredung auf den Kopf gestellt.

[118] PAAA. Abteilung A. Geheime Akten. Krieg 1914. 20c. Bd. 17. Die Zukunft der besetzten Gebiete Polens. 1. August 1917 –24. September 1917. RZ201 021672 250–253. Wilhelm II für Michaelis, 27. September 1917. szeptember 27.

der lückenhaften Bildungs- und Nationalitätenpolitik der ungarischen Regierungen geschrieben wurde. In der Sache war es aber ungewöhnlich, dass der kurz zuvor abgelöste ungarische Ministerpräsident mit dieser Rede vor dem Parlament überhaupt herausrückt. „Überlegen Sie gnädigeweise; welch riesige Verbitterung es bei dem Element der politischen ungarischen Nation, das den am meisten alteingesessenen Grundpfeiler bildet, nämlich bei unseren Schwaben, verursacht, dass ihre Kinder aufwachsen und nicht mehr deutsch schreiben und lesen können. Beachten Sie bitte, welche Verbitterung es verursacht, wenn ein Soldat aus dem Kreise dieses intelligentesten, über grundlegende Fähigkeiten verfügenden Volkes seinem Vater nachhause schreibt und der Vater einen Dolmetscher benötigt. Und seien Sie gnädigerweise davon überzeugt, dass ich mich nicht leichtsinnig zu dieser Erklärung entschlossen habe, aber ich musste mich davon überzeugen, dass wir unsere treuesten und sichersten Stützen, die stärksten Vertreter der ungarischen Nationalpolitik, unsere deutschen und slowakischen Mitbürger, die mit Leib und Seele zu uns halten, dass wir diese uns entfremden, sie Irritationen aussetzen und zu unseren Feinden machen, wenn wir den Unterricht in ihrer Muttersprache nicht erlauben.“[119]

Die Klagen der deutschen Rassenschützer wurden vor die ungarische Nationalversammlung eins zu eins übertragen. Tisza übte in dieser Interpellation gleichzeitig eine Selbstkritik aus, da er zweimal als Ministerpräsident den sich erneuernden Wellen der zwangsmäßigen Magyarisierung nicht Halt machen konnte. Als Privatmensch war er mit dieser Diskriminierungspolitik in mancher Hinsicht nicht einverstanden[120], realpolitisch musste er sich aber an die ungarischen Staatsinteressen halten. Und als Privatmensch stimmte in dieser Rede in einiger Hinsicht mit der damaligen parlamentarischen Linken (Oszkár Jászi, Mihály Károlyi, Vilmos Vázsonyi usw.) überein. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg zeigte er gewisse Bereitschaft den Magyarisierungskurs zu mäßigen. Nach seiner Abdankung am 23. Mai 1917. bot sich die gute Gelegenheit dar, eine vornehme Geste für die Deutschen zu äußern. Tisza und seine Kampfgenossen in der „Alkotmánypárt“[121] standen hartnäckig auf der Plattform des 1867er Dualismus, dessen außenpolitische Grundpfeiler das Bündnis mit Deutschland bildete. Mit der Auflösung der Donaumonarchie wurden diese Überlegungen null und nichtig. Die Magyarisierung ging aber nach dem Kriege durch die Regierungen des Trianon-Ungarns weiter.

VI. Konklusion

Das Königreich Ungarn hatte zeit seiner Existenz im dualistischen System Österreich-Ungarns (1867-1918) eine doppelte Natur: Zum einen existierte es als semi-autonomer Raum im Reichsverband, in seiner inneren Politik und Verfassung unabhängig, mit zahlreichen Kennzeichen moderner Staatlichkeit. Zum anderen war es aber eben auch eine Teilhälfte des

[119] Gerhard *Seewann*, Geschichte der Deutschen in Ungarn.. Band 2.: 1860 bis 2006,. (Verlag Herder-Institut, Marburg, 2012.) 173-174.
[120] Ebenda 173.
[121] „Verfassungspartei”.

imperialen Gesamtverbandes, die nicht nur ihr historisches Staatsgebiet verwaltete, sondern auch (in vergleichbarer Weise zum Ausgleich) Kroatien; auch in Bosnien-Herzegowina übte das Königreich, mit Österreich zusammen, eine Herrschaftsfunktion aus, die über das Reich als Ganzes vermittelt wurde. Österreich-Ungarn ist – so viel ist klar – kein Musterbeispiel eines Hobsbawm'schen Nationalstaats, sondern hat viel mehr mit den Theorien Münklers gemein. Herrschaft und Macht wurden in diesem Reich, wie in den meisten Staaten Europas zu dieser Zeit, verräumlicht. Mehr noch als die anderen war das Habsburgerreich jedoch auf diese Verräumlichung angewiesen: Vor dem Dualismus waren die Prestige- und Machtverluste, die es erlitt, zu stark, um die politische Leitlinie aufrechtzuerhalten, die es bis dahin verfolgte. Die zentralistischen Tendenzen, welche die Monarchie seit dem 18. Jahrhundert in Form administrativer Vereinheitlichung an den Tag gelegt hatte, hatten in allen Ecken des Reiches Widerstand hervorgerufen. Die Unterdrückung dieser Unruhen war 1848 (allerdings nur mit russischer Hilfe) in ihrer militärischen Niederschlagung kulminiert – doch der „Neoabsolutismus", der diese Friedhofsruhe nutzen wollte, fand keine. Er scheiterte im Äußeren militärisch und verlor an Ansehen, und war im Innern gezwungen, einen politischen Kompromiss zu finden, der das Reich auch in Zukunft auf eine tragfähige Grundlage stellen würde. Dieser Kompromiss war der Ausgleich, der zwar auf keiner Verhandlungsseite Freudenstürme hervorrief und dennoch bis zur Kapitulation im Ersten Weltkrieg standhielt. Wenn man auf Hobsbawm und Münkler rekurriert, ist man versucht, den deutschösterreichischen Zentralismus als Versuch einer Art Nationalstaatsbildung zu betrachten (womit man aber den Begriff Nation sehr strapazieren würde), und erst den Dualismus als Übertritt zum Imperium anzusehen.

Doch Ungarn wahrte seine nationalstaatlichen Merkmale durchweg, wovon die Magyarisierung Beispiel gibt: Von jeder Regierung durchgeführt, war dies eins der reinsten Beispiele für Nation-Building schlechthin. Alle nationalistischen Bewegungen waren damit beschäftigt, Nationen sozial zu konstruieren und in einen historischen Kontext zu stellen, und auch Sprache firmierte dabei als wichtige Stütze. In keinem anderen Land Europas war der Nationsbegriff jedoch so assimilationsfreudig und offen wie in Ungarn. Selbst das aufkommende Phänomen des politisch organisierten Antisemitismus fasste hier verspätet und unvollständig Fuß, was nicht zuletzt mit der dem Nationsgedanken innewohnenden ethnischen Toleranz zu tun hatte. Alles, was zur „Magyarisierung" nötig war, waren ungarische Sprache und Kultur, beides erlernbare und in Ungarn jedem vermittelte Eigenschaften. So hätte die ungarische Nation als ethnisch und konfessionell gemischter, aber in Sprache und Sitte vereinheitlichter Staatsverband entstehen sollen. Dies war aber mehr als nur Nation-Building, Magyarisierung war auch eine theoretische Auflösung der Widersprüche, die miteinander konkurrierende Nationalismen hervorriefen. Indem im Königreich Ungarn die Sitten und Ausdrücke der Hauptkultur als Leitkultur propagiert wurden, nahm es für sich selbst eine Erziehungs- und Zivilisationsmission in Anspruch, mit der es auch sein Recht begründete, die vielen Kulturräume in seinen Grenzen im Zeitalter der Nationalismen zu beherrschen. Schließlich stand der ungarische Nationalismus vor einem Dilemma: So wie er sich gegen habsburgische „Fremdbeherrschung" zwecks nationaler Verwirklichung zur Wehr setzte, konnte auch jede auf seinem Territorium angesiedelte

Ethnie dasselbe Recht in Anspruch nehmen. Nationale Homogenisierung durch Magyarisierung war also ein Programm, dass die nationale Entfaltung anderer einschränkte.

Durch die Unterordnung unter die Reichsstrukturen erhielt der ungarische Staat nicht nur Zugang zu den Ressourcen des Gesamtreichs, sondern konnte auch an dessen legitimierende und integrative imperiale Mission anknüpfen. Ungarn führte eine gleichsam polizeiliche Funktion im öffentlichen Bewusstsein seiner Bewohner aus, und dass in den Diensten des Kaiserreiches, dessen Erhalt es somit sicherte. Je mehr der Einfluss der ungarischen Kultur wuchs, umso nationalstaatlich befriedeter, und somit imperial kontrollierbarer, wurde dessen Staatsgebiet. (National-)Staatliche Kohäsion wurde in der Logik des Dualismus mit imperialer Kohäsion gleichgesetzt. Zwar waren auf dem Balkan, wo angrenzende imperiale Ordnungen über Jahrhunderte hinwegeine Politik der ethnischen Durchmischung verfolgten, um ihre Strukturräume besser kontrollieren zu können oder rentabler zu machen, Nationalstaaten allesamt offensichtlich konstruierte Fiktionen. Aber dies bedeutete nicht, dass die perspektivische Fixierung auf Sprache und Nationalität keinen anordnenden Effekt auf die Gesellschaft gehabt hätte – im Gegenteil: Sprache und Kultur wurden als gesellschaftliche Indikatoren zunehmend absolut gesetzt. Die sanftere Seite des ungarischen Nationalismus war sein Integrationsangebot, das vielen Assimilationswilligen eine Chance auf echte gesellschaftliche Teilnahme zu versprechen schien. Und tatsächlich nahmen einige Bürger des Staates das Angebot an und nahmen ungarische Namen, Sprache und Sitten an, allen voran die Juden, die als besonders assimilationswillig hervortraten, um sich in die Gesellschaft zu integrieren. Aber es gab eben auch diejenigen, die der Staat zurückließ, fortlaufend verdächtigte und denen er Unrecht antat, nach seinen eigenen Maßstäben.

Insgesamt hat die Magyarisierung eine imperiale Vermittlungsfunktion, nämlich eine Ordnungsfunktion, ausgeführt. Sie übertrug imperiale Herrschaft auf einen Raum, der von Nationalismen dominiert war – und der sich Versuchen, ihn direkt zu beherrschen, beständig widersetzte. Die auf Münkler zurückgehende Beschreibung der besonderen Grenzen von Imperien ist hervorragend geeignet, das Kalkül hinter dem dualistischen Modell zu erklären: Durch ungarische Vermittlung gewann die imperiale Mission an Glaubwürdigkeit, und durch die imperiale Mission gewann die Magyarisierung an Anziehungskraft. Imperiale und nationale Strukturen ergänzten sich hier ständig und trieben den Ausbau staatlicher Kontrolle voran. So umging Österreich-Ungarn bei seinem fragmentierten Nation-Building die Notwendigkeit nach einem homogenen, unabhängigen Staatsverband, indem es sich in eine Reihe kleinerer Kompromissräume fragmentierte. Diese Ordnung begrub die nationalen Antagonismen nicht völlig, war nicht frei von gewaltsamen Spannungen und provozierte häufige Gegenreaktionen. Doch sie hielt das Habsburgerreich am Leben und stabilisierte dessen politische Ordnung. Die Magyarisierung, die Nation-Building, während sie innerhalb den Donaumonarchie eine seltsame imperiale Mission leistete, stieß auf gewisse, wenn auch nicht antagonistische diplomatische Uneinigkeiten mit Deutschland. Dieses Rivalisieren zwischen Österreich–Ungarn und Deutschland verstärkte sich besonders in den letzten zwei Jahren des Ersten Weltkrieges, das aber die ungarische Assimilationspolitik im Wesentlichen

nicht beeinflusste. Es kamen aber gewisse Elemente in der ungarischen Innenpolitik, welche gegen die aggressivsten Vorgänge mildern auswirkten. Teilweise aus ideologischen Gründen, teilweise mit Rücksicht auf eine bessere Kampfbereitschaft der auf der Front kämpfenden ungarischen Staatsbürger im nicht zu vernachlässigenden Teil Nationalitätenherkunft.

VII. Bibliografie

Joachim *Bahlcke*, Geschichte Tschechiens (München 2014).

Nelu *Bradean-Ebinger*, Tantárgystruktúra, oktatási cél és módszer a bécsi Keleti Akadémia diplomataképzésében (1754–1918) [Fächerstruktur und Unterrichtsziel in der Diplomatenbildung der Orientalischen Akademie (1754–1918)], in: Közép-Európai Közlemények 48.

Pieter M. *Judson*, The Habsburg Empire. A New History (London 2016).

Péter *Hanák*, Ungarn in der Donaumonarchie. Probleme der bürgerlichen Umgestaltung eines Vielvölkerstaates (Wien 1984).

Eric *Hobsbawm*, Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780 (Frankfurt 2005).

Miklós *Horthy*, Ein Leben für Ungarn (Bonn 1953).Robert *Nemes*, The Once and Future Budapest (Ithaca 2005).

Robert *Nemes*, The Once and Future Budapest (Ithaca 2005).

Emil *Niederhauser*, The National Question in Hungary. In: Mikuláš *Teich*, Roy *Porter* (Hg.), The National Question in Europe in Historical Context (Cambridge, 1993)

László *Kontler*, Millenium in Central Europe. A History of Hungary (Budapest 1999).

Andrea *Komlosy*, Imperial Cohesion, Nation-Building, and Regional Integration in the Habsburg Monarchy. In: Stefan *Berger*, Alexei *Miller* (Hg.), Nationalizing Empires (Budapest 2015).

Herfried *Münkler*, Imperien. Die Logik der Weltherrschaft. Vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten (Köln 2013).

Gerhard *Seewann*, Geschichte der Deutschen in Ungarn.. Band 2.: 1860 bis 2006,. (Verlag Herder-Institut, Marburg, 2012.)

Zoltán *Tefner*, A két főkormányzóság. A katonai igazgatás megszervezése a visszafoglalt Lengyelországban 1914–1915 *[Die zwei Militärgeneralgouvernements. Die Organisation der Militärverwaltung in dem zurückgeoberten Polen 1914–1915.]*. In: Valóság 2019 december LXII. évfolyam 12. szám. 60.

Zoltán *Tefner*, Az Osztrák–Magyar Monarchia lengyelpolitikája 1867–*1914 [Polenpolitik der Österreichisch–Ungarischen Monarchie 1867–1914]*, (L'Harmattan Kiadó, Budapest, 2007.) 106–124. Lengyel kiegyezés – magyar kiegyezés – szláv kiegyezés *[Polnischer Ausgleich – ungarischer Ausgleich – slawischer Ausgleich]*.

Zoltán *Tefner*, Nyelvtanítás a bécsi Keleti Akadémián 1754–1918 *[Sprachunterricht an der Wiener Orientalischen Akademie 1754–1918.]*. (GlobeEdit, Riga, 2018.).

Gyula *Tokody* - Emil *Niederhauser*, Németország története *[Geschichte Deutschlands]* (Akadémiai kiadó, Budapest, 1983).

István György *Tóth*, Geschichte Ungarns (Budapest 2005).

Marius *Turda*, The Magyars. A Ruling Race. The Idea of National Superiority in Fin-de-Siecle Hungary. In: European Review of History 10 (1) (2003).

Stephan *Wendehorst*, Altes Reich, „Alte Reiche" und der „Imperial Turn" in der Geschichtswissenschaft. In: Stephan *Wendehorst* (Hg.), Die Anatomie frühneuzeitlicher Imperien. Herrschaftsmanagement jenseits von Staat und Nation. Institutionen, Personal und Techniken (Berlin 2015).